

ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Klemenjak, Heinz Pichler (Hrsg.)

Die SOZIALEN FRAGEN im 21. Jahrhundert. Erkennen – benennen – verändern

**Dokumentation der „Kärntner Gespräche
zur demokratiepolitischen Bildung 2016“**

Donnerstag, 20. Oktober 2016
Konferenzsaal der AK Kärnten und
ÖGB/AK Bildungsforum, Klagenfurt am Wörthersee



ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Klemenjak, Heinz Pichler (Hrsg.)

Die SOZIALEN FRAGEN im 21. Jahrhundert. Erkennen – benennen – verändern

**Dokumentation der „Kärntner Gespräche
zur demokratiepolitischen Bildung 2016“**

Donnerstag, 20. Oktober 2016
Konferenzsaal der AK Kärnten und
ÖGB/AK Bildungsforum, Klagenfurt am Wörthersee

Inhalt

Günther Goach Vorwort des Präsidenten der Arbeiterkammer Kärnten	3
Martin Klemenjak/Heinz Pichler Grundlegende Bemerkungen zur Tagungsdokumentation	4
Heinz Pichler Transkription ausgewählter Inhalte des moderierten Gespräches zum Tagungsthema mit Lisa Eckhart, Dr. h.c. Franz Küberl und Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser . . .	6
Marina Einböck/Katharina Zimmerberger Armut, soziale Ausgrenzung und Verteilungsgerechtigkeit	22
Elke Gruber/Martin Klemenjak Lebensbegleitende Bildung – zwischen Müssen, Wollen und Können	35
Florian Kerschbaumer Die „Soziale Frage“ im Spannungsfeld einer globalisierten Welt	45
Heidi Grobbauer/Josefine Scherling Jenseits von Entwicklungshilfe und Almosen – die Soziale Frage als globales Phänomen	52
Monika Kemperle/Martin Gressl Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in der digitalen Revolution	63
Kurzbiografien der AutorInnen/ReferentInnen	72



Günther Goach
Präsident der
Arbeiterkammer Kärnten

Vorwort

Demokratie wird heute vielfach als selbstverständlich betrachtet. Dabei denkt man oft allein an das Wahlrecht – Demokratie bedeutet jedoch viel mehr, sie ist Teil unseres täglichen Lebens. Sie steht für Weltoffenheit und Akzeptanz, für Frieden, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Vor allem aber muss sich Demokratie immer neuen Herausforderungen stellen und immer aufs Neue gelernt werden. Deshalb muss die demokratiepolitische Bildung einen bedeutenderen Stellenwert im allgemeinen Bildungskanon einnehmen. Schulen, Fachhochschulen, Universitäten, die Einrichtungen der Erwachsenenbildung und die Interessenverbände sind aufgerufen, diesen Aspekt in der Aus- und Weiterbildung durch die Aufbereitung methodisch-didaktischer Inhalte zu verdeutlichen und dementsprechende Möglichkeiten anzubieten.

Im Oktober 2016 haben die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ bereits zum fünften Mal stattgefunden. Gemeinsam mit ExpertInnen wurden aktuelle soziale Schief lagen sowie Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit angesprochen, die Wahrung der Menschenrechte diskutiert, Bildung als kritisches Denkvermögen hinterfragt und die globalen und regionalen Probleme, die ein kapitalistisches Wirtschaftssystem auslöst, einer kritischen Analyse unterzogen. Die Referate und Diskussionsergebnisse können Sie in diesem Band nachlesen.

Mit dieser Veranstaltungs- und Schriftenreihe möchte die Arbeiterkammer Kärnten einen Beitrag zur Förderung und Stärkung von demokratischen Werten leisten. Die Arbeiterkammer Kärnten bekennt sich klar zu gegenseitigem Verstehen, zu solidarischem Handeln und zu sozialer Gerechtigkeit. Wir bekennen uns zur Demokratie.

Mein Dank gilt unseren Veranstaltungspartnern: der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, der Pädagogischen Hochschule Kärnten/Viktor-Frankl-Hochschule, dem Studiengang Soziale Arbeit an der Fachhochschule Kärnten, dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung und den Kärntner Volkshochschulen, für die erfolgreiche Zusammenarbeit.

Günther Goach
Präsident der Arbeiterkammer Kärnten

Martin Klemenjak/Heinz Pichler Grundlegende Bemerkungen zur Tagungsdokumentation

Im Jahr 2016 wurden die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ zum vierten Mal im Rahmen einer wissenschaftlichen Fachtagung im Konferenzsaal der Arbeiterkammer Kärnten und im ÖGB/AK Bildungsforum in Klagenfurt realisiert. Der Themenschwerpunkt dieser Veranstaltung lautete: „Die SOZIALEN FRAGEN im 21. Jahrhundert. Erkennen – benennen – verändern“.

Das Organisationsteam der „Kärntner Gespräche 2016“ bestand, wie bereits in den Jahren 2014 und 2015, aus VertreterInnen folgender Institutionen: Arbeiterkammer Kärnten, Fachhochschule Kärnten/ Studiengang Soziale Arbeit, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Pädagogische Hochschule Kärnten – Viktor-Frankl-Hochschule, Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, Die Kärntner Volkshochschulen.

Zum Inhalt der Fachtagung: Armut und Reichtum driften auseinander, die Ungleichheit wächst, der soziale Zusammenhalt, das Fundament der Demokratie, scheint gefährdet. Wie begegnet man Problemen, die unter den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auftreten? Wie können Armut und soziale Ausgrenzung beseitigt werden? Warum muss Verteilungsgerechtigkeit ermöglicht und wie kann der Schutz der menschlichen Würde gewährleistet werden?

Im 19. Jahrhundert war die Soziale Frage der Versuch, eine Antwort auf die damalige Massenverarmung zu finden. Die Sozialen Fragen unseres Jahrhunderts erkennen, diese benennen und nachhaltige Veränderungen erwirken, dies versuchten die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2016“ zu reflektieren. Gemeinsam mit ExpertInnen wurden gegenwärtige soziale Schief lagen unter-

sucht, Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit angesprochen, die Wahrung der Menschenrechte diskutiert, Bildung als kritisches Denkvermögen hinterfragt und die globalen und regionalen Problemlagen, die ein kapitalistisches Wirtschaftssystem bewirkt, einer kritischen Analyse unterzogen.

Die hiermit vorliegende Dokumentation versucht sowohl das moderierte Gespräch mit der Poetry-Slammerin und Kabarettistin Lisa Eckhart, dem ehemaligen Präsidenten der Caritas Österreich Franz Küberl und dem Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser zu verschriftlichen, als auch einen Einblick in die fünf – parallel realisierten – Workshops zu geben.

Zum Aufbau der Dokumentation: Heinz Pichler fasst in seinem Beitrag ausgewählte Inhalte des moderierten Gespräches mit Lisa Eckhart, Franz Küberl und Peter Kaiser zusammen. Marina Einböck und Katharina Zimmerberger beschäftigen sich mit „Armut, sozialer Ausgrenzung und Verteilungsgerechtigkeit“. Elke Gruber und Martin Klemenjak widmen sich der „Lebensbegleitenden Bildung – zwischen Müssen, Wollen und Können“. Florian Kerschbaumer beschäftigt sich mit der „Sozialen Frage im Spannungsfeld einer globalisierten Welt“. Heidi Grobbauer und Josefine Scherling gehen in ihrem Beitrag „Jenseits von Entwicklungshilfe und Almosen“ der „Sozialen Frage als globales Phänomen“ nach. Monika Kemperle und Martin Gressl skizzieren „Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in der digitalen Revolution“.

Die Herausgeber bedanken sich auch auf diesem Weg bei allen beteiligten Institutionen und den Mitgliedern des Organisations-teams für ihre Unterstützung. Ein ganz besonderer Dank gebührt der Arbeiterkammer Kärnten, insbesondere für die Bereitstellung der finanziellen und räumlichen Ressourcen. Erst dadurch war es möglich, eine Fachtagung in dieser Dimension erfolgreich zu realisieren.

Heinz Pichler

Transkription ausgewählter Inhalte des moderierten Gespräches zum Tagungsthema mit Lisa Eckhart, Dr. h.c. Franz Küberl und Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser

Heinz Pichler: Unser Gespräch soll die Sozialen Fragen im 21. Jahrhundert behandeln. Drei Kernbotschaften, über die wir heute sprechen sollten, haben sich aus den Workshops ergeben: Armut, soziale Ausgrenzung und Verteilungsgerechtigkeit. Zusätzlich könnte näher auf die Entwicklungspolitik, Bildungspolitik und die Verteilungsfrage eingegangen werden.

Zu Beginn darf ich Ihnen die drei Gesprächspartner vorstellen: Peter Kaiser, ist der Landeshauptmann von Kärnten. Lisa Eckhart, eine Kabarettistin und Poetry-Slammerin. Sie lebt in Berlin sowie in Wien und dürfte den jüngeren unter Ihnen bekannt sein. Franz Küberl, er war Leiter des Bundessekretariats der Katholischen Jugend Österreich, Präsident der Caritas Österreich und Direktor der Caritas Steiermark – die Kurzbiografien entnehmen Sie bitte der Tagung unterlage. Frau Eckhart, eine einleitende Frage: Was bedeutet Poetry-Slam?

Lisa Eckhart: Gerne, Poetry-Slam passt sehr gut zu unserem Demokratiethema. Die Menschen empfinden es offenbar so, dass sie zu wenig Mitbestimmungsrechte haben, und daher gibt es solche Veranstaltungen wie Poetry-Slam; es treten mehrere Poeten auf wobei dem Publikum vorgegaukelt wird, dass sie prinzipiell Geschmack im Kunstbereich haben und eine Entscheidungsgewalt besitzen, in dem sie einen Sieger küren dürfen.

Heinz Pichler: Das klingt ja ganz spannend, danke für die Erläuterungen. Zum heutigen Thema: Was sind Ihrer Meinung nach die zentralen Fragen des 21. Jahrhunderts im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung dessen, was wir auch hier gehört haben, und auch der Entwicklung der demokratischen Gesellschaft, in der wir leben? Welche Erfordernisse diesbezüglich würden Sie hier formulieren.

Lisa Eckhart: Dann möchte ich gerne beginnen! Also für mich haben sich aus den Workshops, die ich am Nachmittag besuchte, einige Fragen herauskristallisiert: nämlich ob es ein individuelles oder ein kollektives Problem gibt – auch bei der Demokratie und der demokratischen Bildung? Inwiefern betätigt sich das Individuum für die Gemeinschaft, und wie kann Verantwortung für die Gemeinschaft übernommen werden?

Ziel war es ursprünglich, den mündigen Menschen zu erschaffen, das heißt einen, der aus seiner Unmündigkeit herauskommt, und das wurde nicht umgesetzt. Damit meine ich, dass die Menschen nicht die nötigen Mittel erhalten haben, um dazu in der Lage zu sein. Sie wurden schlichtweg alleingelassen! Das geht mit dem Kapitalismus einher, der diese Idee des Individualismus gefördert hat. Das wurde uns doch als etwas Gutes verkauft. Es wurde gesagt, ihr seid jetzt verantwortungsbewusst, für euch zuständig und seht das als Kompliment und als Privileg an. Es wurde jedoch kein Fundament bereitet, dass der Mensch tatsächlich mündig und verantwortungsbewusst agieren kann. Und jetzt wird ein individueller Beitrag zur Demokratie erwartet, den aber die Gemeinschaft, die sich zunehmend auflöst, aufgrund fehlender Vorbereitungen nicht leisten kann.

Heinz Pichler: Sie sagen, man wollte den mündigen Menschen erschaffen, aber die Menschen sind eigentlich unmündig geblieben. Was bedeutet das für ein demokratisches Gemeinwesen?

Lisa Eckhart: Dazu muss ich sagen, dass ich nicht glaube das die Politik den mündigen Menschen wollte. Vor allem zu jener Zeit, wenn wir an Kant denken, da war es glaube ich, nicht der Wunsch der Herrschenden: „Wir hätten so gerne ein mündiges Volk – ich glaube, das wäre jetzt so richtig lässig.“ Das kann ich mir nicht vorstellen, dass das der Hauptgedanke war, jedoch sollten wir uns langsam darauf zubewegen.

Es gibt bereits politische Strömungen, die das sehr wohl befürworten. Meiner Meinung nach ist es für die Demokratie sehr schädlich,

wenn wir diese Mündigkeit nicht erreichen. Der Mensch muss dementsprechend ausgestattet werden, und das passiert nicht.

Dann haben wir wieder antidemokratische Strömungen, beispielsweise den Brexit, wo das Volk einmal abstimmt. Das passt dann einer gewissen Gruppe, in dem Fall sogar linken Strömungen nicht, und die sagen dann: „Aber die, die so schlecht abgestimmt haben, für den Brexit, die waren eigentlich viel zu alt, also die sollten gar nicht mehr mitwählen dürfen,...“. Das heißt, da entwickelt sich eine sehr antidemokratische Strömung, die auf etwas sehr unheilvolles hinausdeuten kann.

Heinz Pichler: Herr Küberl, darf ich Sie bitten, entweder direkt dazu oder zu dem bereits von Frau Lisa Eckhart Gesagten, anzuschließen. Die Grundfragestellung lautet: Was sind die zentralen Fragen des 21. Jahrhunderts aus Ihrer Sicht?

Franz Küberl: Zu Beginn möchte ich sagen, dass ich davon überzeugt bin, dass man immer andere braucht, damit man leben kann. Leider wissen das nicht alle Menschen und bemerken es erst dann, wenn eine fundamental schwierige Situation eintritt. Es gibt viele Menschen, die der Meinung sind, dass sie alleine am besten zurechtkommen und keinen anderen brauchen würden, und genau diese Einstellung sehe ich auch als ein Drama in unserer Gesellschaft.

Grundsätzlich glaube ich, dass es viele große Fragen gibt, die uns im 21. Jahrhundert beschäftigen werden, jedoch möchte ich nur einmal drei erwähnen. Dazu gehört der Klimawandel, ob alle genug Wasser haben werden und ob man die Kriege zurückdrängen kann – das sind aus meiner Sicht drei fundamentale Fragen.

Bei all diesen Fragen handelt es sich um zwei Aspekte: Einerseits um die persönliche Bereitschaft, sich zu engagieren, und andererseits stellt sich die Frage, wie viel strukturelle Voraussetzungen man braucht, damit das, was der/die Einzelne tut, auch gut gelingen kann. Daher möchte ich gerne mit einigen Beispielen, wo ich meine, dass man noch zusätzlich nachdenken, experimentieren und probieren könnte, beginnen.

Beispielsweise ist die Entwicklungspolitik eine unglaublich wichtige Frage, die uns unsere Kinder und Kindeskiner einmal stellen werden: Haben denn meine Groß- und Urgroßeltern damals, am Beginn des 21. Jahrhunderts, tatsächlich das Richtige gemacht, oder haben sie nicht das Richtige getan?

Dazu ein kleines Beispiel: Wir verhandeln jetzt, wenn ich das recht sehe, ausgehend von der EU über CETA und TTIP. Wenn Sie mich fragen ist das in Wirklichkeit eine „Chlorhuhn Debatte“. Meiner Meinung nach wäre es wichtiger, dass die EU, die USA und Kanada übereinkämen, dass die Konzerne, die auf diesem Gebiet tätig sind (z.B. in Afrika), anständige Rohstoffpreise sowie die Menschen fair bezahlen, sich nicht an Korruption beteiligen, Steuern abführen und mithelfen Infrastrukturen zu bilden. Das wäre eine weltweite Vereinbarung, die helfen würde; die sowohl den Menschen in Afrika, als auch indirekt uns helfen würde, dass unsere Kindeskiner auch leben können. Denn leben wird man nur können, wenn alle ein Recht, im guten Sinne des Wortes, ein Recht auf Heimat haben.

Da bleibe ich beim Heimat Begriff, denn für mich bedeutet Heimat – Tiefe und nicht Enge – damit kein Missverständnis entsteht. Das gilt für alle auf der Welt und nicht nur für einige wenige. Entwicklungspolitik hat im Wesentlichen etwas mit Wirtschaftspolitik zu tun. Wenn wir wirklich wollen, dass Entwicklung passiert, dann wird man riesige Infrastrukturinvestitionen in den ärmeren Gegenden der Welt benötigen.

So wie ich die Entwicklungspolitik und die Entwicklungshilfe verstehe, ist sie ein wichtiges Zubrot damit die Nischen etwas aufgefüllt und entwickelt werden können. Wichtig dabei ist es, dass Menschen Verantwortung übernehmen, aber das ist nur ein kleiner Teil. Übrigens bedenken Sie, die Zahlungen von MigrantInnen in ihre Heimatländer sind doppelt so hoch wie die weltweite Entwicklungshilfe.

Das war die eine Bemerkung zur Entwicklungspolitik, nun zur Bildungspolitik: Für welche Zukunft wird denn ausgebildet, und welche Zukunftschancen haben die Menschen, die dann eine bestimmte Bildungsform verlassen?

Es wird wahrscheinlich ein Drama der Zukunft werden, dass man nicht ein- oder zweimal, sondern möglicherweise drei- oder viermal den Beruf wechselt. Wir werden erst sehen, was das für die Menschen bedeuten wird und ob sie am gleichen Ort bleiben können oder wie oft sie innerhalb eines Landes migrieren müssen.

Wir haben jährlich innerhalb von Österreich rund 700.000 Umzüge, damit kein Missverständnis auftritt, es gibt eine Menge von Menschen, die unterwegs sind, auch im Kleinen und bei uns.

Aber zurück zur Bildung, um nur zwei symbolische Dinge zu sagen, die man bei der Struktur wohl mitbedenken muss. Zum einen gibt es die SchulabbrecherInnen – es gibt jetzt zwar die Bildungspflicht, aber in Wirklichkeit ist es einer der großen Haken, wenn es darum geht, dass junge Menschen in der Schule eine Klemmung erfahren und nicht weiterkommen. Dies korrespondiert damit, dass es meistens keinen Plan B gibt. Wenn man weiß, dass ein/e SchülerIn Schwierigkeiten hat und möglicherweise nicht durchkommt, dann entsteht schon die Frage: „Was wäre denn der Plan B für seine/ihre Bildung, damit nichts verloren geht?“ Da ist in Wirklichkeit eine große Leere, weil es dann sein/ihr Problem ist, ob er oder sie was tut oder nicht. Das ist einer dieser strukturellen Haken!

Zusätzlich wissen wir, dass etwa ein Viertel unserer einheimischen Kinder Lernschwächen hat; das weiß man, schon bevor sie in die Schule kommen. Dafür gibt es auch Möglichkeiten. Ich habe in England das Modell „Early Excellence Centres“, studiert, das ist eine interessante Form. Hier lernen die Vorschulkinder mit ihren Eltern, welche möglicherweise auch Schwächen haben – was ja keine Schande ist. Es wurde die Erfahrung gemacht, dass, wenn sie gemeinsam lernen, selbstverständlich die Kinder und auch die Eltern lernen.

Es gibt in Europa einige sehr gute Systeme, beispielsweise in Schottland und in Finnland, wo etwa zumindest einmal im Jahr, jede Familie und jedes Kind in der Pflichtschule von einem Lehrer/ einer Lehrerin seiner Schule zuhause besucht wird. Das ist ein vollkommen anderer Ansatz, eine andere Herangehensweise und ein anderes „zeigen von Interesse“ an den Menschen. Im Gegensatz dazu wird oft gesagt: „Die wird schon kommen, wenn der Bub ein Problem hat, dann werden wir schon einen Zettel schreiben.“

Da merken sie, dass die systemischen und die personalen Fragen schon zusammenhängen, die Frage des Engagements von LehrerInnen und das Interesse an der familiären Situation der SchülerInnen hängen unmittelbar zusammen. Dass dies nicht heute, sofort umstellbar ist und einen dementsprechenden Vorlauf benötigt, ist mir klar. Mir war es jedoch wichtig, diese zwei Beispiele zu erwähnen, weil im Bildungssystem eine ganze Menge von Veränderungsmöglichkeiten gegeben ist.

Heinz Pichler: Ich vermute das Landeshauptmann Kaiser unmittelbar da ansetzen wird – die Bildungspolitik ist auch für Sie ein zentrales Thema.

Peter Kaiser: Aus meiner Sicht können die drängendsten Fragen nur solche sein, die alle Menschen, also weltweit betreffen und die im optimalen Fall, bei allen einen Denkprozess und/oder ein Handeln hervorrufen.

Wenn ich jetzt reflektiere, was aus den Workshops gekommen ist, so sehe ich eine zentrale Frage: die Verteilungsfrage – dazu gehört auch das Thema Armut und Reichtum. Wir erleben alle Verteilungsfragen, wir erleben sie als kleine Kinder beim Anziehen bei der Markenware, bei der Verteilung von Wasser und Reis in verschiedenen Teilen dieser Erde. Dann erleben wir sie schon angereichert mit viel sozialen Gefühlen wie Neid, Missgunst oder Stolz, sowie in der Arbeits- und Produktionssphäre und sogar bei Lebenserwartungen gibt es Verteilungsungerechtigkeiten. Daher denke ich, dass die Frage der Verteilung und der dahinterstehenden Ethik, für mich die wesentlichste und wichtigste Fragestellung in Zukunft ist.

Die zweite Frage hängt natürlich auch damit zusammen, wie bei Ihnen, Herr Küberl, ist die Bildungsfrage. Wir haben in der österreichischen Gesellschaft wenige Zugänge zu einer wirklichen Chancengerechtigkeit, obwohl wir eine relativ gerechte Gesellschaft sind.

Ich meine, dass der Zugang zum Bildungssystem, schon mit den elementarpädagogischen Einrichtungen beginnt, und danach sollten alle Zutritt zur Schule haben. Die Gesellschaft bemüht sich auch, die aus anderen Kulturkreisen Kommenden, in die Schule zu bringen, da der Wert von Bildung allgemein erkannt wird. Das heißt, diese Chancengerechtigkeit, die es zu Beginn der Lebensentwicklung, in einem hohen Ausmaß gibt, bis zum Ende der jeweiligen individuellen Lebensperspektiven, gilt es zu erweitern und offenzuhalten. Das ist für mich die zweite ganz große Herausforderung.

Die dritte Frage, ist eine äußerst immaterielle und die mag vielleicht in meinen eigenen Wahrnehmungen, dessen was täglich weltweit passiert, begründet sein. Ich orte mehr und mehr, angefangen bei der herrschenden Politik bis zu den Religionen, von der Kunst und Kultur bis tief in pädagogische Bereiche, eine Orientierungslosigkeit. Das ist es, was mir in Wirklichkeit Sorgen macht. Kaum jemand ist mehr in der Lage, so etwas wie eine mehrheitsfähige Grundorientierung zu geben.

Es gibt vielfache moralische Appelle, wie beispielsweise die Zehn Gebote, „Du sollst nicht töten“ oder, „Teile etwas, wenn du mehr und andere nichts haben“. Nichts desto trotz sage ich offen und

ehrlich, dass ich der Meinung bin, das gemordet wird, auch wenn es aus strafrechtlicher Sicht nicht so benannt wird. Denn wenn man weiß, dass beispielsweise in der so genannten „nichtentwickelten Welt“, Giftgase in Produktionssphären zugelassen werden, die Kinder töten, nur um den Reichtum in der sogenannten „entwickelten Welt“ zu fördern, ist das aus meiner Sicht nichts anderes als letztlich doch Mord. Dies wird vielleicht gesellschaftlich akzeptiert und mit dem eigenen Wohlstand begründet, jedoch ist es aus meiner Sicht, nicht vertretbar.

Damit komme ich zu meiner vierten und letzten Bemerkung, auch wenn es vielleicht etwas „verrückt“ klingt. Ich denke, wir werden so etwas Ähnliches wie eine globale Regierung, globale Partizipations-einheiten, eine globale demokratische Einrichtung mit allen Wenn und Aber anstreben müssen. Die Vereinten Nationen oder eine andere Organisation könnte das erfüllen, das wäre für mich eine echte Weiterentwicklung. Aus den Vereinten Nationen, eine Art „Weltregierung“ zu formen, das wäre ein erster Versuch, über den eigenen Blick hinauszudenken.

Heinz Pichler: Sie haben schon bei vielen Treffen über Utopien gesprochen. Dazu möchte ich in Erinnerung bringen: „Die Gruppe von Lissabon“, das Buch gibt es leider nicht mehr im Handel, hat vier große globale Verträge vorgeschlagen, einer davon ist ein globaler Demokratievertrag.

Es sind jetzt hauptsächlich die Bildungsfragen angesprochen worden, die Entwicklungspolitik sowie die Handelsabkommen CETA und TTIP, oder wie man die Handelsströme in Richtung Entwicklungspolitik besser lenken könnte – welche großen Fragen gäbe es noch?

Franz Küberl: An dieser Stelle möchte ich zwei Aspekte, zu dem von Herrn Landeshauptmann Kaiser gesagten, benennen. Der eine Punkt, den Sie angesprochen haben, Orientierungslosigkeit, korrespondiert ja mit einer ungeheuren Informationsexplosion – Stichwort Internet. Welche Bewältigungsformen es dazu gäbe, weiß ich auch nicht.

Ich war gestern bei einer Digitalisierungsdebatte in Wien, da hat es geheißen, dass der Abstand zwischen jenen die viel wissen und jenen die nichts wissen jeden Tag knapper wird, weil die Summe der Information jeden Tag unendlich wächst.

Günter Grass sagte einmal, dass wir in einer Zeit leben, in der die neueste Nachricht die vorhergehende erschlägt – das ist Teil dieser riesigen Informationsfrage. Das werden wir jedoch bewältigen müssen, denn sonst wird die Orientierungslosigkeit täglich zunehmen. Es gibt immer weniger Menschen, die in der Lage sind, sich da zurechtzufinden; somit wäre das eine vollkommen neue Form von Klassengesellschaft: die wenigen, die sich ganz gut auskennen, und die vielen, die sich nicht auskennen.

Das zweite Thema – und da bin ich sehr nahe bei Herrn Kaiser – betrifft eine Weltregierung. Die Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass wir bei den Fragen der Globalisierung oder der Globalität des Lebens schauen, was denn die Regeln sind, die wir eigentlich brauchen. Ein Teil der Debatte, bei diesen berühmten Verträgen mit Kanada, den USA und der Europäischen Union, hat ja damit zu tun, dass es eine Unzufriedenheit gibt. Niemand weiß genau, was denn vernünftigerweise die Regeln sind, die man selbst und die andere einhalten sollen. Das halte ich schon für eine ziemlich wichtige Voraussetzung und für eine fruchtbare Debatte.

Einen Ansatz möchte ich noch zum Stichwort Reichtum erwähnen. Ich kenne alle Debatten, mir sind auch die Laute von ihnen vertraut, und ich möchte darauf aufmerksam machen, dass Reichtum eine materielle und eine immaterielle Seite hat. Das mag jetzt sehr simpel klingen, aber glauben Sie mir, wenn ich sage, dass man Reichtum auf beide Ebenen, auf die materielle und auf die immaterielle umlegen muss, um sagen zu können, was sind denn die Voraussetzungen dafür, dass es eine bessere Verteilung gibt, dann werden Sie das Immaterielle auf jeden Fall stark mitnehmen müssen, sonst wird die Einsicht zu materiellen Teilen nicht steigen. Ich glaube, dass die beiden Dinge mehr zusammenhängen, als man im ersten Moment meint.

Lisa Eckhart: In Bezug auf die vorherige Aussage von Herrn Küberl, „man kann das sowieso nur in der Gemeinschaft erreichen“, würde ich auch gerne etwas sagen. Dafür möchte ich auf eine Aussage eines Workshopteilnehmers zurückkommen, der meinte: „Irgendwie sind wir doch alle auf der Flucht, und zwar fliehen wir vor der Komplexität unserer Welt in gefährliche Vereinfachungen und Banalisierungen.“ Ich bin der Meinung, dass wir uns die Frage stellen sollten, wie wir darauf reagieren müssen: mit Verständnis, oder mit Empathie? Nein, beides also keinesfalls.

Wenn uns etwas fehlt, dann ist es Unverständnis und Empörung! Was wir ja absolut verlernt haben, ist, dass Empörung immer „nach Oben“ gehen muss. Also die Symptome eines defekten Systems zu beschuldigen und zu bezichtigen sind. Aber wir konzentrieren uns so sehr auf die Nebensymptome und begegnen ihnen mit Empathie, das kann es nicht sein. Wir müssen Wut und Empörung empfinden – die Empathie können wir uns schenken, das ist, glaube ich, sehr lähmend. Auch dazu hat bereits Oscar Wilde gesagt: „Wohltätigkeit zerstört die Moral“, das klingt natürlich sehr provokant im ersten Moment, aber es befördert eine Perpetuierung der Zustimmung und der Zustände.

Peter Kaiser: Ich möchte gerne nochmals auf die zweite Hälfte des Zitates eines Workshopteilnehmers anknüpfen, der meinte: „Irgendwie sind wir ja alle auf der Flucht“, nicht bezogen auf die Flüchtlinge, sondern auf der Flucht vor der gesellschaftlichen Komplexität in die Vereinfachungen und die Durchschaubarkeit. Das war ja für mich eigentlich die Message, die Botschaft, die gekommen ist.

Mir ist außerdem aufgefallen, dass ich vorher etwas nicht erwähnte, das ich auf einem der Flipcharts bei der ersten Arbeitsgruppe gesehen habe. Nämlich wo kommt Empörung her, was sollte empören, und woran gewöhnen wir uns?

Meine Damen und Herren, wir alle sitzen hier, inklusive mir, und wir wissen, dass 61 Menschen auf dieser Erde mehr an Vermögen, Besitz und Geld zur Verfügung haben als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Wir wissen, dass ein Prozent mehr hat, als die anderen 99 Prozent, und wir wissen, dass im Sozialstaat Österreich fünf Prozent mehr besitzen als die anderen 95 Prozent. In dieser Normalität leben wir.

Wenn jetzt jeder glaubt, dass wir ab morgen nur noch eine Verteilungs gerechtigkeitsdebatte in diesem Land und überall auf der Welt führen, dann schauen wir uns doch die Realität an. Hier wird jetzt in höchst politischen sozialdemokratischen, christlich-sozialen, liberalen und alternativen Bereichen überlegt, wie man eine bedarfsorientierte Mindestsicherung reduzieren, differenzieren und nach unten nivellieren kann. Das soll keine Wertverurteilung sein, es zeigt lediglich, wie der generelle Trend des Denkens, wahrscheinlich auch beeinflusst von der Informationsgesellschaft, bei uns schon internalisiert ist. Wir empören uns nicht mehr. Der Mann, der „Empört euch!“ gefordert hat, lebt nicht mehr. Sind wir jetzt allein?

Daher glaube ich, diese Gewöhnung an das, was ist, und es still zu akzeptieren solange man selber nur in irgendeiner Form halbwegs gut aussteigt, ist eines der Hauptprobleme. Das gilt nicht nur in unserer Gesellschaft, sondern in der Demokratie insgesamt.

Heinz Pichler: Frau Eckhart und Herr Kaiser haben angesprochen, dass uns diese Empörung, Wut und Verzweiflung fehlt oder, wenn ich es richtig verstanden habe, dass uns trotz enormer Wissensbestände, die wir im Sekundentakt abrufen können, Orientierungslosigkeit droht. Da sehe ich jetzt die Gefahr, dass diese vermutete Orientierungslosigkeit der Menschen von irgendwelchen Personen aufgegriffen wird, wo eigentlich die vernunftorientierten Menschen überhaupt keine Anbindung haben.

Es dürfte so etwas wie eine Kluft geben zwischen denen, die vernunftorientiert, solidarisch, empathisch usw. denken, und jenen, die Wut und Verzweiflung empfinden, also die unteren sozialen Schichten. Das, was wir hier diskutieren, ist eine schöne akademische Diskussion, aber die Wut, die im Magen eines Arbeitslosen steckt, die werden wir hier nicht, in irgendwelcher Form, in den Griff bekommen. Da kommen dann „Gaukler“ daher, die das aufgreifen können, nämlich in einer populistischen Art und Weise, und dann entsprechend in die engere Wahl kommen, und das ist irgendwie verrückt, oder?

Lisa Eckhart: Diese Aussage finde ich sehr interessant, Herr Pichler. Sie unterscheiden zwischen vernunftorientierten Menschen und den Unterschichten, dass diese über die Emotion geleitet werden. Ich glaube, dass eher die vernunftorientierten Menschen ein bisschen mehr von dieser Emotionalität vertragen könnten, also genau umgekehrt. Das ist ja das Einzige, was man den Rechten zugutehalten kann, dieser Aktivismus! Dieses „Feuer“ fehlt mir; es ist mir wichtiger, dass die Oberen das „Feuer“ haben als das unten plötzlich jemand mit der reinen Vernunft operiert.

Franz Küberl: Ich würde noch gerne zur Mindestsicherungsdebatte in Österreich, die Herr Kaiser erwähnt hat, etwas sagen. Das ist ein klassischer Fall, der aufgrund der Flüchtlingsbewegung und der Kritik von vielen Einheimischen an der sogenannten „Hilfsbereitschaft“ entstanden ist. Daraufhin wurden zuerst die Flüchtlinge und danach die Mindestsicherer ins Visier genommen, um andere sozusagen ruhigzustellen. In Wirklichkeit hat man die Armen von den Ärmeren gespalten. Das war der Punkt, um die, die noch nicht so arm sind, zu beruhigen. Das Drama ist, dass sie so nicht ruhiger

sein können, weil die Umbrüche und vor allem die Ängste viel zu stark sind.

Aus meiner Sicht ist es an dieser Stelle wichtig, zwischen drei Ängsten zu unterscheiden: Es gibt die Angst der Reichen von den Armen; die Angst, selber arm zu werden und drittens die Angst der Armen; über die normalerweise gar nicht geredet wird. Wie ist das bei einem Arbeitslosen? Gibt es da noch eine Wut? Ich würde sagen, möglicherweise gibt es mehr Resignation als Wut. Mir stellt sich die Frage wie es wäre, wenn aus Wut und Zorn produktive Gedanken entstehen würden.

Das ist die eine Dimension; die andere Frage ist, was man eigentlich diskutieren soll in Österreich: Wir wollen doch das alle Menschen, die bei uns leben und die hier in Österreich daheim sind ein halbwegs vernünftiges Auskommen haben. Daher muss man debattieren, wem was gesichert werden muss. Im Normalfall wird es wohl der Zugang zu einer Erwerbsarbeit, von der man leben kann, sein.

Vor zwanzig Jahren hat es im „Spiegel“ noch eine Debatte darüber gegeben, ob sich ein deutscher Sozialhilfeempfänger auch eine Theater Karte leisten können soll. An so was denkt man heute gar nicht mehr. Das sind Fragen, die in Wirklichkeit gar nicht mehr zur Diskussion stehen, also wir sind schon sehr weit nach unten gekommen.

Ich bleibe trotzdem bei der „Mitmenschlichkeitsfrage“. Wem muss was gesichert werden? Diese Frage muss meiner Meinung nach zu der Einsicht führen, dass nicht nur das Überleben, sondern wie kann man ein gutes Leben führen, eine zentrale Rolle spielt. Ich glaube, das ist heute eine zentrale politische Frage. Die Schwierigkeit ist, dass sich kaum jemand an dieser Debatte beteiligt oder eine Vorstellung davon macht, was es heißt, mit 700 Euro oder der Mindestpension leben zu müssen.

Heinz Pichler: Da fällt mir eine Aussage von Ihnen, Herr Küberl, ein: „Die Politik hat furchtbare Angst vor den Reichen.“ Das war eine Aussage in einem Ö1 Interview im Kontext Ihrer Buchpräsentation und zum Thema Verteilungsdiskussion – ist das nach wie vor richtig, oder ist die Aussage zu verwerfen?

Franz Küberl: Ja, das habe ich gesagt. Ehrlich gestanden, bis mir der Gegenbeweis erbracht wird, dass die Politik Angst vor den Armen hat, bleibe ich bei diesem Satz.

Heinz Pichler: Mich würde noch zur Aussage über die Orientierungslosigkeit von Herrn Kaiser interessieren, welche Auswirkungen sich dazu im demokratischen Gefüge ergeben. Was würde das für die Weiterentwicklung eines demokratischen Gemeinwesens bedeuten, bis hin auch zu Fragen, wie kann ich mich am Gemeinwesen beteiligen?

Peter Kaiser: Zur Orientierungslosigkeit könnte man weitere Begrifflichkeiten nennen. Es fehlen vielen Menschen, vielen Entscheidungsträgern, die „Wegmarkierungen“. Das ist ein Begriff von Heidegger, der versucht hat auszudrücken, dass man seinen eigenen Weg finden muss, und man sollte die Richtung in etwa kennen; sowie einige paar Markierungen, nennen wir es Gesetze, Regeln oder Ethik. Zusätzlich soll es Bestimmungen geben, die in der Gesellschaft einzuhalten sind, aber nichts davon ist statisch, sondern es entwickelt sich alles in einer gewissen Form weiter.

Die Frage der Demokratie ist aus meiner Sicht auch eine ganz entscheidende. Jetzt behaupte ich einmal, dass die Welt, in der wir leben, der mitteleuropäische Raum, ein mehr oder wenig demokratisch orientierter, aber trotzdem verbesserungswürdiger Raum ist. Wir haben in unseren Verfassungen, die die Demokratien festschreiben, einen Leitgedanken, nämlich eine Art soziale Wohlfahrt als Allgemeingut zu erhalten. Das stammt aus der Aufklärung, ist aber auch heute noch, denke ich, wenn man nach einem Sammelbegriff sucht, einer der besten, um die Aufgaben der Staaten zu erklären.

Was ich allzu oft in unserer Gesellschaft höre, auch bei uns spüre und sehe, wenn es um Problemlösungen geht, oder wenn ich den Erlösungssatz höre: Dafür haben wir ja Politiker, dafür haben wir ja die Kirche, dafür haben wir ja die Künstler, die sollen doch kritisch sein und Lösungen aufzeigen. Oder, wo war die Empörung, wo waren die Künstler, als die Flüchtlingsbewegung eingetreten ist? Die tagtäglich zeitunglesende, fernsehschauende Gesellschaft hat ja auch nichts getan, oder? Ein bisschen mehr Aufruf zur Selbstcourage und zum Engagement, das wäre für mich ein wesentlicher Aspekt!

Stellungnahme aus dem Publikum: Da würde ich gerne widersprechen, lieber Herr Peter Kaiser. Gerade die Zivilbevölkerung in Österreich ist unterstützend aufgetreten, als die Flüchtlingsströme losgegangen sind. Noch bevor die Politik in Wirklichkeit reagiert hat oder bevor überhaupt die staatlichen Institutionen agiert haben, ist die Zivilbevölkerung an die Grenzen gegangen.

Stellungnahme aus dem Publikum: Ich würde gerne bezüglich der USA, im Zusammenhang mit Donald Trump etwas sagen. Ich empfinde es als absurd, dass sich ein vermeintlicher Milliardär als der Erlöser der Ärmsten stilisiert. Ist es nicht leicht lächerlich, zu erwarten, dass die gesellschaftlichen Eliten interessiert daran sind, den Status quo nicht weiter zu verwalten?

Wortmeldung von Monika Kemperle: Zum bisher Gesagten würde ich gerne drei Sachen anmerken und beginne mit der Flüchtlingspolitik. Für mich ist es immer schwer, wenn ich die Debatten über die Flüchtlinge höre. Wir diskutieren nämlich in einem Rahmen, der mir aus humanitären Gründen überhaupt nicht passt. Wir diskutieren ständig, ob wir Flüchtlinge mit bestimmten Qualifikationen nehmen oder nicht.

Das heißt, wir diskutieren über Menschen am Arbeitsmarkt und nicht um humanitäre Ansätze, die es gibt. Wenn man sich in der Welt umschaute, unter welchen Bedingungen Menschen leben müssen, aus welchen Umständen auch immer – da ist der Begriff „Wirtschaftsflüchtlinge“ falsch, da geht es um das reine Überleben. Da brauche ich nicht mehr nachfragen, da geht es um humanitäre Ansätze.

Der zweite Punkt ist, dass wir es bis dato nicht geschafft haben, dieses sogenannte „Kapital“ in die Verantwortung und Verpflichtung zu bringen und es politisch umzusetzen. Es wäre möglich, mit kleinen Dingen, erste Ansätze zu finden, beispielsweise bei Handelsverträgen. Es ist anscheinend nicht möglich, dass es in Handelsverträgen genauso die Verpflichtung gibt, sich um ArbeitnehmerInnenrechte zu kümmern.

Hier Ansätze zu finden ist eine Frage der Politik und der Verteilungsgerechtigkeit. Weiters ist für mich wichtig zu diskutieren, wenn es um die Digitalisierung und um den Verlust von Arbeitsplätzen geht. Durch die Digitalisierung gibt es keine Verschiebung, da ist es egal, ob es ein Entwicklungs- oder Industrieland ist. Arbeitsplätze gehen verloren; es werden zwar welche geschaffen, aber nicht in dem Ausmaß, wie sie verloren gehen. Das ist für mich eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Wie verteile ich? Wie definiere ich Arbeit neu? Stimmt der Begriff der Arbeit nach wie vor, so wie wir bis dato noch agieren?

Heinz Pichler: Danke für Ihre Stellungnahmen. Darf ich nun Landeshauptmann Kaiser und Franz Küberl um eine abschließende Stel-

lungnahme bitten und auch auf das einzugehen, was gesagt worden ist. Frau Eckhart hat versprochen, dass sie mit einem kabarettistischen Beitrag abschließen wird.

Peter Kaiser: Ich gebe vollkommen recht, das Kapital wird geschützt. Ich halte den Begriff „das Kapital das scheue Reh“ schon nicht mehr aus, da stellt es mir die Schuhbänder auf. Sieht man sich die Realpolitik an, erkennt man, dass wir alle kapitalorientiert sind. Wir differenzieren nicht einmal mehr zwischen Finanzwirtschaft, bis hin zu Spekulationen, und Realwirtschaft wo Werte geschaffen werden. Trotzdem verbünden sich die Realwirtschaft und die Finanzwirtschaft gegen die ArbeitnehmerInneninteressen. Das ist sehr schwarz-weiß gemalt, aber es zeigt nur, dass die Gegensätze und Widersprüche vielfach nicht erkannt werden.

Kommen wir zur Digitalisierung. Zum einen ist sie nicht aufhaltbar; etwas, was bereits bewusst miteingesetzt wird, kann nicht mehr verhindert werden. Die Frage ist: Welche Rahmenbedingungen können Politik, Gewerkschaft und auch Wirtschaftsverbände noch schaffen, ohne dass damit wesentliche Steuerungsmechanismen verloren gehen?

Weiteres denke ich, dass man in dem Prozess nicht mehr über Industrie 4.0, Digitalisierung der Gesellschaft, sondern schon längst über die Gesellschaft 4.0. reden muss. Es ist zu überlegen, wie wir abseits einer Lohnarbeitsgesellschaft, die uns derzeit eindeutig noch determiniert und bestimmt, eine Gesellschaft schaffen, bei der es eine Existenzsicherung gibt, die für alle Menschen ausreicht.

Franz Küberl: Ich werde mit zwei Bemerkungen, die erste zur Finanzwirtschaft und die nächste zum Thema Flüchtlinge, abschließen. Ich habe immer sehr viel von der Tobin-Steuer gehalten, die jetzt als Transaktionssteuer, immerhin von zehn europäischen Staaten angegangen wird. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie ich in Österreich von Regierungsmitgliedern ausgelacht worden bin, weil ich das gefordert habe. Später habe ich gelesen, dass auch Wolfgang Schüssel eine Tobin-Steuer will. Da habe ich mir gedacht: Schau, es ist ja doch so, dass sich etwas weiterentwickelt. Inzwischen ist die Steuer noch nicht umgesetzt, aber es gibt, glaube ich, auch in Österreich, wie in den anderen neun Ländern, schon etwa 48 Überlegungen, was man mit dem noch nicht erreichten Geld machen könnte.

Nun zum Thema Flüchtlinge, dazu möchte ich noch ein paar Dinge sagen. Zum einen, der Krieg in Syrien, er hat seinen Ausgangspunkt wie folgt: Eine riesige Trockenheit, über fünf Jahre Hunger, ein Großteil des Viehbestandes ist gestorben oder mussten ums Leben gebracht werden wegen Seuchengefahr, fast zwei Millionen Binnenflüchtlinge mussten nach Damaskus. Das ist der Kern, und dazu kam auch noch der Irak Krieg.

Was für mich wichtig ist: Es geht bei dieser Problematik immer um Menschen und um Menschenwürde! Egal woher diese Menschen kommen, ob sie hierbleiben können oder nicht, ob sie in Italien, Slowenien oder sonst wo sind. Sie sind alle Menschen, und die Frage ist, ob man in der Lage ist, das zu signalisieren!

Eine Überlegung noch zu den österreichischen Voraussetzungen, die mir sehr wichtig erscheinen: Es werden von den etwa 88.000 Personen, die gekommen sind, etwa 60.000 bleiben, und für diese Menschen werden wir eine „Flüchtlingsbetreuung“ brauchen, glauben Sie mir das. Zusätzlich müssen wir mit jedem Flüchtling, ob Kommissionsflüchtling oder Schutzberechtigte einen Vertrag, einen sogenannten Integrationsvertrag abschließen mit dem Inhalt, was die Schritte sind, die getan werden müssen, damit Menschen gut integriert werden können.

Das muss man jetzt anfangen, und da sagte beispielsweise Goethe: „Wenn man die Weste zuknöpfen will, muss man den ersten Knopf richtig zuknöpfen.“ Der erste Knopf ist bei uns jedoch noch nicht richtig zugeknöpft. Wenn das nicht richtig gemacht wird, wird es den Zorn derer, die nicht helfen wollen, die ein Problem haben, beschleunigen. Wird es vernünftig und gut gemacht, so meine ich, wäre das auch eine politische, im besten Sinne des Wortes gemeint, Besänftigung, und alle strengen sich an, auch die, die zu uns kommen.

Daher habe ich, bezüglich der Flüchtlingsthematik einen pragmatischen Wunsch, dass man so arbeiten kann, dass diese Probleme nicht entstehen bzw. auf einer geringeren Ebene bleiben. Es ist alles schon erfunden was umsetzbar wäre. (Applaus)

Die ursprüngliche Transkription des zweieinhalbstündigen Gesprächs, bearbeitet von Michaela Ragger und Anja Schaflechner, wurde für diese Publikation gekürzt. Einige Passagen wurden zur besseren Lesbarkeit umformuliert, aber im Kern der Aussage weitestgehend beibehalten und wurden den Gesprächspartnern zur

Durchsicht übermittelt bzw. in geringfügiger Änderung akzeptiert. Den Abschluss des moderierten Gespräches bildete ein kabarettistischer Beitrag von Lisa Eckhart aus dem Stück „Der fünf Punkte Plan“.



Im Mai 2017 erschien Lisa Eckharts Bühnendichtung "Metrische Taktlosigkeit" im Verlag Schultz & Schirm. Diese "Einführung ins politische Korrektum", der es an schwarzem Humor und Pointen nicht fehlt, enthält bitterböse Bühnentexte, Stellungnahmen zu Fragen der Zeit sowie ein Gespräch zwischen Eckhart und Michael Niavarani.

Marina Einböck/Katharina Zimmerberger Armut, soziale Ausgrenzung und Verteilungsgerechtigkeit

Die Einkommens- und Vermögensschere in Österreich geht immer weiter auseinander. Reiche werden reicher, Arme immer ärmer. Die soziale Sicherung in Österreich funktioniert für viele Menschen mit klassischen Lebensverläufen noch gut. Am untersten Rand erkennt man aber, dass eine Existenzsicherung für immer mehr Menschen schwierig ist. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, verfestigte Armutssituationen, und keine Chancen am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, erschweren den Zugang zu den sozialstaatlichen Leistungen. Am oberen Rand wachsen Einkommen und Vermögen schneller denn je. Die Verteilung von Arbeit, Einkommen und Wohlstand ist auch heute eine brennende gesellschaftliche Frage. Wie sind diese Entwicklungen erklärbar, und wie kann man gegensteuern? Das waren die zentralen Themen bzw. Fragen des „Workshops 1“ im Rahmen der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2016“.

Die Kluft zwischen Arm und Reich

*„Reicher Mann und armer Mann standen da
und sah'n sich an, und der Arme sagte bleich:
,Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.'“*
Bertold Brecht

Wenn man sich mit dem Thema Armut und Verteilung auseinandersetzt, muss der Blick vor allem in Richtung Reichtum und Vermögen geschärft werden. Es gibt heute einen unglaublichen Reichtum auf der Welt, der sich immer schneller vermehrt. Dieser Reichtum ist aber nur einem kleinen Prozentsatz aller Menschen zugänglich. So

besitzt ein Prozent der Menschen mehr Vermögen als die restliche Weltbevölkerung zusammen. 2015 hatten 62 Menschen dasselbe Vermögen wie 3,6 Milliarden Menschen – die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung. Das Vermögen dieser 62 Personen ist seit 2010 um 44 Prozent gewachsen (ein Anstieg von 542 Mrd. Dollar). Das Gesamtvermögen beträgt somit 1,76 Billionen Dollar. Im selben Zeitraum ist das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung um 41 Prozent gesunken (ein Rückgang von einer Billion Dollar). Das durchschnittliche jährliche Einkommen der ärmsten zehn Prozent der Weltbevölkerung ist um nur drei Dollar gewachsen. (Vgl. Oxfam 2015.)

Obwohl es immer größeren Reichtum gibt, wächst auch die Armut.

In einer Welt, in der es jahrzehntelang einen immer größeren Wohlstand für eine wachsende Anzahl an Menschen gibt, denken viele Menschen beim Thema Armut vor allem an extreme Not und Elend. Armut bedeutet jedoch mehr als keine finanziellen Möglichkeiten zu haben. Armut ist mehrdimensional und betrifft unterschiedliche Lebensbereiche. Auch in Österreich sind im Jahr 2016 rund eine Million Menschen armutsgefährdet, 400.000 Menschen manifest arm. (Vgl. Statistik Austria 2015.) Letztere haben neben einem geringen Einkommen auch Einschränkungen in anderen Lebensbereichen wie Bildung, Wohnen, Freizeit etc. Je länger man sich in einer Armutssituation befindet, desto schwieriger wird es, dieser zu entkommen. Viele Menschen haben kein existenzsicherndes Einkommen. Unerwartete Ausgaben wie zum Beispiel defekte Haushaltsgeräte werden zu nahezu unüberwindbaren Herausforderungen. Armut ist meist nicht auf den ersten Blick erkennbar. Aus Schamgefühl werden Strategien entwickelt, damit andere nichts von der prekären Situation merken; so wird zum Beispiel die Wohnung nicht geheizt, oder man schränkt soziale Kontakte ein – Stück für Stück kommt es zur Isolation.

Reichtum definiert sich nicht einfach nur durch mehr Geld. Wer reich ist, hat mehr Geld, mehr Häuser, mehr Autos und Luxusgüter, aber auch mehr Einfluss und bessere Netzwerke.

Der Gini-Koeffizient¹ von 0,73² zeigt die starke Ungleichverteilung von Vermögen in Österreich. (Vgl. Statistik Austria 2015b.) In Österreich steht dem reichsten Prozent ein durchschnittliches Nettovermögen von 13 Millionen Euro zur Verfügung. Fünf Prozent verfügen

¹ Bei einem Gini-Koeffizienten von eins besitzt eine Person das ganze Vermögen.

² der höchste innerhalb der Europäischen Union.

immerhin über rund 1,7 Millionen Nettovermögen. Dem gegenüber stehen Personen, deren maximales Vermögen ein Auto oder ein Sparbuch (Wert: 11.000 Euro im Median) ist. Rund acht Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen ein Eigenheim. (Vgl. OeNB 2012.) Das ärmste Zehntel der Haushalte in Österreich besitzt ein Nettovermögen (Sach- und Finanzvermögen minus Verschuldung) von weniger als 1.000 Euro, während die reichsten zehn Prozent ein Nettovermögen von mehr als 542.000 Euro haben. Der Anteil an reichen Männern ist höher als jener der Frauen. (Vgl. OeNB 2012.) Reichtum bedeutet nicht nur ökonomische Macht, auch die Vernetzung und die Förderung von Personen mit gleichem sozialem Hintergrund, ist ein nicht zu unterschätzender Aspekt. Verteilungsgerechtigkeit muss immer in Beziehung mit Verteilung von Reichtum, Chancen, Arbeit, Einfluss und Ressourcen betrachtet werden.

Warum wächst die Ungleichheit in Österreich und weltweit?

Verschiebung von Lohneinkommen zu Vermögenseinkommen

In Österreich sinkt der Anteil der Löhne am Volkseinkommen seit 1975, obwohl die Anzahl der Erwerbstätigen steigt. Immer mehr Menschen verdienen immer weniger. Während der Anteil der Löhne am Volkseinkommen damals noch über 75 Prozent betrug, pendelt der heute um die 70 Prozent. Wenn die Löhne als Anteil am Volkseinkommen schrumpfen, bedeutet dies, dass sich der Anteil der Gewinnquote am Volkseinkommen erhöht. Diese Verschiebung kommt Unternehmen zugute, ImmobilienbesitzerInnen, Personen mit Finanzmarktkapital und Menschen, die die Möglichkeit haben, zu erben. Diese Art der Einkünfte entfällt in Österreich auf die reichsten zehn Prozent. Da Vermögen ungleicher verteilt ist als Einkommen, steigt auch die Ungleichheit. (Vgl. AKOÖ 2015, AK Wien 2015.)

Vermögenskonzentration durch Vererbung

Der Gini-Koeffizient bei Erbschaften beträgt 0,89. Somit sind Erbschaften noch ungleicher verteilt, als das Gesamtvermögen. Im Durchschnitt erbt ein vermögender Haushalt in Österreich 310.000 Euro. In den vermögensärmsten 40 Prozent der Haushalte erbt nur jede zehnte Person. Diese erben dann weniger als 17.000 Euro. (Vgl. AK 2014.)

Zwischen unselbstständigen Erwerbstätigen wird die Einkommensverteilung immer ungleicher

Die obersten 20 Prozent der LohneinkommensbezieherInnen bekommen fast die Hälfte aller Lohneinkommen. Die untersten 20

Prozent kommen insgesamt nur auf zwei Prozent. Das mittlere Bruttojahreseinkommen betrug 2014 in Österreich 26.273 Euro (Frauen: 19.894 Euro, Männer: 32.564 Euro). Frauen sind in den niedrigen Einkommensgruppen (maximal 12.393 Euro pro Jahr) überrepräsentiert.³

Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse und hohe Arbeitslosigkeit

Von 2004 bis 2014 stieg die Teilzeitbeschäftigung in Österreich um 60 Prozent an, gleichzeitig stagniert der Anstieg von Vollzeit Arbeitsplätzen. Aktuell sind 297.000 Personen in Österreich „Working Poor“, die Tendenz steigt. Working Poor bedeutet, dass trotz der Vollzeitbeschäftigung unter der Armutgefährdungsschwelle von 1.161 Euro pro Monat verdient wird. Derzeit sind acht Prozent der Erwerbstätigen davon betroffen. Über alle Branchen hinweg lässt sich auch ein Anstieg an Leiharbeit, befristeten Verträgen, freie Dienstverträge etc. bemerken. Diese Beschäftigungsverhältnisse haben Auswirkungen auf die Stellung und Privilegien der ArbeitnehmerInnen im Unternehmen.

Die anhaltend schlechte Wirtschaftslage führt auch dazu, dass es immer weniger existenzsichernde Jobs gibt. Gerade bei niedrig qualifizierten ArbeitnehmerInnen sind längere Phasen der Arbeitslosigkeit immer häufiger.

Was heißt eigentlich arm sein?

Armutdefinitionen sind laufend Gegenstand von Diskussionen. In der Europäischen Union hat sich ein relatives Armutsverständnis etabliert. Man spricht heute nicht mehr nur von absoluter Armut, also von Menschen, die von unter zwei Dollar am Tag leben. Ein relatives Armutskonzept bezieht sich auf die Position, die man mit einem bestimmten Einkommen in der Gesellschaft, in der man lebt, im Vergleich zu allen anderen in dieser Gesellschaft erreicht. Das Konzept bezieht sich nicht auf Länder mit anderen Lebenshaltungskosten und/oder Infrastruktur. Butterwegge meint, dass je entwickelter ein Land ist, desto weiter entwickelt sollte auch das Armutsverständnis sein. (Vgl. Butterwegge 2016, S. 32.) Wir sprechen oft von Armut als Mangel an materiellen und immateriellen Ressourcen im Vergleich zum Rest der Bevölkerung. Um Vergleiche anstellen zu können, wurde als Maß der Armutgefährdung die Ar-

³⁾ Zum Vergleich: Ein ATX-Vorstand verdient in Österreich im Schnitt 1,4 Millionen Euro pro Jahr.

Armutgefährdungsschwelle eingeführt. Diese wird definiert als 60 Prozent des Medianeinkommens in einem Land. Die Schwelle wird in allen EU Ländern erhoben. Kommen zusätzlich zu einem geringen Einkommen auch Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen hinzu, spricht man von armutsbetroffenen Menschen bzw. Haushalten. Die Lebensbereiche sind aktuell definiert als:

- regelmäßige Zahlungen in den letzten zwölf Monaten rechtzeitig zu begleichen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser-, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen),
- unerwartete Ausgaben bis zu 1.050 Euro zu finanzieren,
- die Wohnung angemessen warm zu halten,
- jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder entsprechende vegetarische Speisen zu essen,
- einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren,
- einen Pkw,
- eine Waschmaschine,
- ein Farbfernsehgerät,
- ein Telefon oder Handy.

Von manifester Armut spricht man, wenn Einschränkungen in mindestens vier zentralen Lebensbereichen und ein geringes Einkommen im Haushalt aufscheinen. Wenn Haushalte mindestens zwei der folgenden drei Bedingungen aufweisen, spricht man von einer Mehrfachausgrenzung: Einkommen unter Armutgefährdungsschwelle, geringe Erwerbsintensität, Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen. Alternative Modelle wie das Konzept der Referenzbudgets gehen im Unterschied zur Armutgefährdungsschwelle von der Warenkorbmethode aus. Sie fragen, was ein durchschnittlicher Mensch ohne besondere Bedürfnisse in einem Land braucht, welche Ausgaben getätigt werden müssen, um teilhaben zu können. Im Schnitt kommen die Referenzbudgets auf einen Betrag, der bis zu 300 Euro über der Armutgefährdungsschwelle liegt.

Armutsbegriff und Ausmaß in Österreich⁴

Für einen Einpersonenhaushalt in Österreich beträgt die Armutsgefährdungsschwelle derzeit 13.926 Euro pro Jahr, das sind 1.161 Euro im Monat (Jahreszwölftel). Für Mehrpersonenhaushalte erhöht sich der Betrag um rund 580 Euro pro Erwachsenen bzw. um 348 Euro pro Kind. Verdient eine Alleinerzieherin mit drei Kindern beispielsweise weniger als 2.205 Euro oder eine aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern bestehenden Familie unter 2.437 Euro, gelten sie als armutsgefährdet.

1.185.000 Menschen in Österreich (14,1 % der Bevölkerung) sind armutsgefährdet

Ein Viertel der Armutsgefährdeten sind Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre, das sind 310.000 Kinder und Jugendliche in Österreich. Frauen sind mit 14 % häufiger armutsgefährdet als Männer mit 12 %.

Im Zuge der Europa-2020-Zielsetzung (Reduktion der armutsbetroffenen Menschen in Europa um 20 Millionen) wurden weitere drei Indikatoren zur Definition von armutsgefährdeten Menschen erhoben:

- Armutsgefährdung definiert durch über 60 % des äquivalisierten Medianeinkommens,
- erhebliche materielle Deprivation,
- keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität im Haushalt mit Personen im Erwerbsalter.

Die Gruppe der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen, welche von mindestens einer dieser drei Lebenslagen betroffen ist, umfasst 19,2 % der ÖsterreicherInnen. Rund 25 % bzw. 414.000 Menschen in Österreich sind mehrfach ausgegrenzt und damit starker Benachteiligung im Vergleich zur restlichen Bevölkerung ausgesetzt. Diese Menschen sind von zwei von drei benachteiligenden Lebenssituationen betroffen (geringes Einkommen, geringe Erwerbsmöglichkeiten und Einschränkung in zentralen Lebensbereichen). Das Medianjahreseinkommen von Mehrfachausgrenzungsgefährdeten liegt mit 10.532 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle. Auch zeigt sich, dass Personen mit mehreren Benachteiligungen ei-

⁴⁾ Zahlen im nachfolgenden Abschnitt beziehen sich auf Berichte der Statistik Austria (2015).

ne längere Verbleibdauer in dieser Armut- und Ausgrenzungssituation aufweisen. Zwei Drittel der Betroffenen befinden sich bereits ein Jahr oder länger in dieser Lebenslage.

699.000 Menschen (9 %) waren 2015 dauerhaft armutsgefährdet (d.h. im letzten Jahr und in mindestens zwei weiteren Jahren), darunter 162.000 Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre. 1,4 Millionen Menschen waren dies vorübergehend. Je länger Menschen unter einer bestimmten Einkommensgrenze verdienen, desto höher ist die Gefahr von verfestigenden Armutslagen.

- Ein-Eltern-Haushalte: 34 %
- Personen in Mehrpersonenhaushalten (mindestens drei Kinder): 27 %
- alleinlebende Personen mit Pensionsbezug: Männer 12 %, Frauen 22 %
- allein lebende Personen ohne Pension: Männer: 23 %, Frauen: 28 %
- MigrantInnen: 36 %
- eingebürgerte ÖsterreicherInnen: 22 %
- Langzeitarbeitslose (mindestens sechs Monate arbeitslos): 40 %
- Teilzeitbeschäftigte (weniger als zwölf Stunden): 22 %

Ausgrenzung heißt Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen

Kommen zu Einkommensarmut Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen hinzu, wird von akuter oder manifester Armut gesprochen – die Gefahr der Ausgrenzung, der Nichtteilhabemöglichkeiten, ist besonders groß. Akut oder manifest arm sind in Österreich 450.000 Personen. Einschränkung in zentralen Lebensbereichen heißt, dass die Betroffenen beispielsweise abgetragene Kleidung nicht ersetzen können, die Wohnung nicht angemessen warm halten können, geschweige denn in der Lage dazu sind, unerwartete Ausgaben zu tätigen. Außerdem sind arme Menschen häufiger krank und leben oft in überbelegten, feuchten, schimmlichen Wohnungen, weil das Geld für eine Wohnraumsanierung fehlt.

Je länger eine Armutssituation andauert, desto schwieriger wird es, mitzuhalten

Menschen, die unter der Armutgefährdungsschwelle leben, sind mit schlechteren und gesundheitsschädigeren Wohnbedingungen – wie z.B. Lärm, Feuchtigkeit, Schimmel – konfrontiert. 16 % leben in Wohnungen mit Überbelag. Gerade für Kinder und Jugendliche in diesen Haushalten hat das besondere Auswirkungen, da ihnen ein Raum zum Lernen oder Spielen und für ihre persönliche Entwicklung fehlt. Die finanzielle Belastung durch Wohnkosten wird zu einem immer wichtigeren Indikator. Liegt dieser über 40 % des Haushaltseinkommens, spricht man von einer erhöhten Belastung. Ist der Wohnkostenanteil am Einkommen zu hoch, wirkt sich die natürlich auf die restlichen Ausgaben aus. 99.000 Kinder und Jugendliche unter 19 Jahren leben in einem Haushalt, bei dem der Wohnkostenanteil am Einkommen über 40 % beträgt. Die Konsequenzen dieses Ungleichgewichts sind häufig nicht auf den ersten Blick ersichtlich; kommt es jedoch zu unerwarteten Ausgaben, geraten Haushalte mit einer derartig engen Einnahmen-Ausgaben-Struktur schnell in eine prekäre Schieflage.

Armut und Ausgrenzung hat Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit. Personen mit hohem Einkommen und hoher Bildung sind überdurchschnittlich zufrieden mit ihrem Leben. Personen unter einem bestimmten Mindestlebensstandard, also jene mit Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen und arbeitslose Personen, bewerten ihre Lebenssituation mit weniger Zufriedenheit.

Ob und wie gut unsere Sozialsysteme und die Gesellschaft Ungleichheit bekämpfen und Armut verhindern können, sieht man z.B. an dem Konzept der sozialen Mobilität. Soziale Mobilität bezeichnet die Möglichkeit, eine andere gesellschaftliche Position als die soziale Herkunft zu erreichen. Ulrich Beck prägte in den 1980er-Jahren den Begriff des Fahrstuhleffekts. Er argumentierte, dass unter der gesellschaftlichen Bedingung, alle vom steigenden Wohlstand profitieren und damit Ungleichheiten in der Gesellschaft grundsätzlich akzeptierter sind. Damit einhergehend analysierte Beck aber auch eine steigende Individualisierung, eine Entwicklung weg von der eigenen sozialen Herkunft und hin zu einer steigenden Abhängigkeit von öffentlichen Institutionen. Er war der Meinung, dass durch die Individualisierung die institutionalisierten Sozialleistungen und Unterstützungsformen wichtiger werden denn je. (Vgl. Beck 1986.) Die Sicherheit und Planbarkeit des sozialen Aufstiegs durch Bildung und ein damit einhergehendes höheres Einkommen

und soziales Prestige schwinden zunehmend. Während früher sozialer Aufstieg aber auch sozialer Abstieg ein „kollektives Klassenphänomen“ waren, in der sich gemeinsame Gegendeutungen, solidarische Abwehr- und Unterstützungsformen gebildet haben, ist dies in einer individualisierten Erwerbsgesellschaft nicht mehr der Fall. Oliver Nachtwey (2016) spricht deshalb vom Rolltreppeneffekt: „Die Oberklassen haben schon die nächste Etage, das dritte Stockwerk, erreicht, und da fallen sie auch nicht mehr runter. Teilweise fahren sie sogar noch weiter in den vierten oder fünften Stock. Das sind die ein Prozent, die vom Matthäus-Effekt profitieren – ‚Wer hat, dem wird gegeben‘. Aber für die Leute in den mittleren und unteren Stockwerken fährt die Rolltreppe jetzt nach unten. Nur ein Anlaufen gegen die Rolltreppe scheint gegen diesen sozialen Abstieg zu wirken. Dies ist ein mühevoller Lebensweg. Ständig in Bewegung bleibend, im permanenten Wettbewerb, durch Stehenbleiben fährt man abwärts. (Der Standard 2016, o.S.)

Eine der zentralen Fragen hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit lautet: Ist soziale Mobilität überhaupt noch real erfahrbar? Eine Studie von Altzinger et al. (2013) beschreibt mithilfe der EU-SILC-Daten das Ausmaß intergenerationaler sozialer Mobilität in Österreich: Anhand der Determinanten Bildung und finanzielle Situation im elterlichen Haushalt wurden die Auswirkungen auf die Kinder im späteren Leben nachvollzogen. Die Vererbung von Vermögen, Netzwerken, Wertvorstellungen und ethischen Normen können in dieser Auswertung nicht berücksichtigt werden, spielen aber ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Ergebnisse besagen, dass Kinder, die aus wirtschaftlich gut gestellten Familien kommen, ein generell höheres Einkommen aufweisen als jene, die aus einer finanziell weniger privilegierten Situation kommen. Je höher das Bildungsniveau der Eltern, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass auch deren Nachkommen einen höheren Bildungsweg einschlagen werden. Je leichter das Auskommen im Elternhaus im Alter von 14 Jahren, desto höher das Bildungsniveau. Personen aus schwierigen ökonomischen Verhältnissen finden sich nur selten im obersten Einkommensquartil, während sich Personen aus guten familiären Verhältnissen wiederum seltener im untersten Einkommensquartil finden. Allgemein brachte die Auswertung das Ergebnis, dass die jüngere Generation durchgehend etwas höhere Bildungsabschlüsse erreicht hatte, als die ältere Kohorte. Bei Personen mit Migrationshintergrund wurden geringe Aufstiegsmöglichkeiten in Bezug auf das Bildungsniveau erkannt.

Was ist zu tun?

Die rege Beteiligung der WorkshopteilnehmerInnen an der Diskussion zeigte die Betroffenheit der Einzelnen in Bezug auf das Thema Armut. Im Rahmen der Veranstaltung konnten Ideen und Gedanken ausgesprochen sowie gemeinsam weiterentwickelt werden. In einer kurzen Auflistung der zentralen Themen soll wiedergespiegelt werden, was die Personen im Workshop beschäftigte und zu welchen Handlungsoptionen dieser Gedankenaustausch führte.

Ein Diskussionsschwerpunkt lag im Bereich des Arbeits- und Leistungsbegriffs: Die OECD (2010) betont in einer Studie, dass ein einheitliches Vorschul- und Schulsystem der Bildungsmobilität zwischen Generationen förderlich ist, da damit eine vorzeitige Segregation von Bildungs- und Erwerbsverläufen vermieden werden kann. Die Arbeiterkammer und die OECD empfehlen seit Jahren, dass Arbeitseinkommen in Österreich entlastet werden sollen, um den Druck von ArbeitnehmerInnen zu nehmen. Damit einher ging eine Diskussion über den aktuellen Arbeitsbegriff, der neu gedacht werden sollte. Noch immer wird die Arbeit von Frauen weniger bezahlt als jene von Männern. Bei der Ausgestaltung von Sozialleistungen muss der Leistungsbegriff neu gedacht werden. Inklusion durch Leistung hat Grenzen, denn was ist mit jenen Menschen, die nicht hundertprozentig am Arbeitsmarkt partizipieren können. Auch heute haben wir Berufe, die sehr hohe Leistungen erbringen, z.B. Pflege und Betreuung, und deren Gehälter nicht an jene von Managern herankommen. Der gegenwärtige Sozialstaat baut Sozialleistungen auf dem Leistungsbegriff der Vollerwerbstätigkeit auf. Ein funktionierender Sozialstaat hat aber die Funktion, kollektive Risiken abzudecken; hier müssen neue Formen gefunden werden.

Verankerung der sozialen Rechte als Menschenrechte ins gesellschaftliche Bewusstsein: Umfassende soziale Sicherheit ist ein grundlegendes universelles Menschenrecht. Die Würde des Menschen kann nicht mit einer Leistung eingetauscht werden, sie ist unteilbar. Dazu gehören Rechte wie Recht auf Arbeit, Recht auf Bildung, Recht auf Asyl, Recht auf soziale Sicherheit, Recht auf Wohnen etc. Österreich hat mehrere Dokumente dazu unterzeichnet: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Kinderrechtskonvention etc. Die Umsetzung muss wieder verstärkt eingefordert werden. Dazu gehört auch, dass diese „BürgerInnenrechte“ eingemahnt werden, wenn genügend Ressourcen vorhanden sind (Einkommen und immaterielle Ressourcen wie z.B. Bildung).

Im Zuge des Workshops wurden Möglichkeiten diskutiert, sich aktiv an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – eine Grundvoraussetzung demokratiepolitischer Prozesse. Besprochen wurde unter anderem die Unterstützung oder Selbstinitiierung von Kampagnen und Online-Petitionen als hilfreiches Tool, um PolitikerInnen oder die Zivilgesellschaft auf Themen aufmerksam zu machen.

Die großen Fragen des 21. Jahrhunderts sind ein kollektives, kein individuelles Problem. Wenn ein Prozent der Menschen so viel besitzt wie der Rest der Weltbevölkerung, müssen wir uns auch Fragen stellen wie: Tun die Reichen genug? Wie können sie in die Verantwortung genommen werden? Wie kann das Interesse bei den Reichen geweckt werden? Es sollte nicht nur Armutsforschung sondern auch Reichtumsforschung betrieben werden. Der Zusammenhang und die Verstrickungen der Reichen in puncto Medien und Politik ist besorgniserregend. Reiche Menschen verfügen über Wissen das ihnen Möglichkeiten bietet, ihren Reichtum zu schützen.

Es braucht ein breites Verständnis und Empathie in der Gesellschaft. Besonders Personen die sich selbst einmal in einer prekären finanziellen Situation befanden, können gut nachvollziehen, was es bedeutet, arm zu sein. Stabile Verhältnisse und eine gute Infrastruktur sind die Grundvoraussetzungen für Wohlstand.

Ein Grundeinkommen kann eine Möglichkeit sein, die Situation zu verbessern. Zudem braucht es jedoch Umverteilungsmaßnahmen, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit führen.

Literaturverzeichnis

Monografien

Arbeiterkammer (2013/2014): Vorstandsvergütung in den ATX-Unternehmen.

Arbeiterkammer Wien (2013): Die Verteilung von Vermögen in Österreich. AK-Infos. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Arbeiterkammer Wien (2014): Top-Vermögen und Einkommen in Österreich. Neue Zahlen und Fakten.

Armutskonferenz (2016): Mit Menschenrechten gegen Armut. Argumente für eine mutige und zeitgemäße Politik, Juni 2016.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp.

Butterwegge, Christoph (2016): Armut. PapyRossa Verlag.

Eckerstorfer et al. (2014): Vermögen in Österreich. Bestände, Verteilung und Besteuerungsoptionen. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 126, Arbeiterkammer Wien.

Europäische Union (2013): Tackling the gender pay gap in the European Union. Luxemburg.

Eurofound (2014): Pay in Europe in the 21st Century.

Gruber, Oliver (2016): Leistung als gesellschaftspolitisches Inklusions-/Exklusionsprinzip. In: OZP – Austrian Journal of Political Science 2016 Vol. 45, Issue 1.

Geisberger, Tamara (2016): Vortrag „Gender Pay Gap und Niedriglohnbeschäftigung im europäischen Vergleich: empirische Evidenz zu Österreich und weiteren EU-Mitgliedstaaten“. Statistik am 11. März 2016, Daten aus 2014.

Mader et al. (2014): Vermögensunterschiede nach Geschlecht. Erste Ergebnisse für Österreich. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 129, Arbeiterkammer Wien.

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. edition suhrkamp.

Oesterreichische Nationalbank (2012): Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich.

Oesterreichische Nationalbank (2015): Einkommen, Konsum und Vermögen der Haushalte. Sektorale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1995–2014.

Sozialministerium (2015): Einkommensverteilung in Österreich. November 2015.

Statistik Austria (2015): Wie geht's Österreich? Schlüsselindikatoren und EU-Vergleich 2015. Kurzfassung.

Statistik Austria (2016): Lohnsteuerdaten – Sozialstatistische Auswertungen.

Statistik Austria (2016): Armut und soziale Eingliederung.

Statistik Austria (2008–2015): Working Poor. Erstellt am 14. April 2016.

Statistik Austria (o.J.): Erwerbstätige und unselbstständig Erwerbstätige nach Vollzeit/Teilzeit und Geschlecht seit 1994. (Zuletzt abgerufen am 15. Februar 2016.)

Wagner, Karin; Zottel, Siegfried (2009): OeNB-Immobilienvermögens-erhebung 2008 der privaten Haushalte. Statistiken Q4/09.

Sammelbände

Altzinger, Wilfried; Lamei, Nadja; Rumplmaier, Bernhard; Schneebaum, Alyssa (2013): Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. In: Statistische Nachrichten 1/2013, S. 48 bis 62.

BMASK (2010): Einige Aspekte der Vermögensverteilung. In: Sozialbericht 2009/2010.

Internetquellen

AK Oberösterreich (2016): Vollzeitarbeit zu Niedriglöhnen. (Online im Internet unter: www.kiv.at [8. Juni 2016].)

Arbeiterkammer Oberösterreich (2016): Reichtumsticker. (Online im Internet unter: https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/vermoegen/Reichtum_in_Oesterreich.html [15. Februar 2016].)

Der Standard (2016): Soziologe Nachtwey: „Wir leben in einer Abstiegsgesellschaft“. (Online im Internet unter: <http://derstandard.at/2000043053813/Oliver-Nachtwey-Wir-leben-in-einer-Abstiegsgesellschaft> [3. November 2016].)

Dörre, Klaus (2015): Furcht vor Veränderung. Soziale Ängste als Triebkraft exklusiver Solidarität. Forschung und Lehre. September 2015. (Online im Internet unter: <http://www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=19417> [3. November 2016].)

Oxfam (2015): Wealth: Having it all and wanting more. Oxfam Issue Briefing. January 2015. (Online im Internet unter: https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/ib-wealth-having-all-wanting-more-190115-en.pdf [9. Jänner 2017].)

Statistik Austria (2015): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Österreich. Tabellenband EU-SILC 2014. (Online im Internet unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html [9. Jänner 2017].)

Elke Gruber/Martin Klemenjak Lebensbegleitende Bildung – zwischen Müssen, Wollen und Können

Der Terminus „Soziale Frage/n“ wird vielfach im Kontext der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts verortet. Darunter verstand man „den Versuch, eine Antwort auf die gravierenden Missstände der Massenverelendung der Arbeiterschaft“ zu geben (vgl. Pichler/Klemenjak 2015, S. 6). In dieser Zeit datieren auch die Anfänge des österreichischen Sozialstaates: „Am Beginn der Entwicklung stand in den 1860er-Jahren die Einführung der Armenfürsorge in den Kronländern und Gemeinden der Habsburgermonarchie. Zwei Jahrzehnte später wurden zum einen verschiedene Arbeitsschutzregelungen beschlossen, zum anderen die Sozialversicherung mit den Zweigen der Unfall- und Krankenversicherung etabliert.“ (Obinger/Tálos 2006, S. 51.) Diese Weichenstellungen können als Antwort auf die damalige/n Soziale/n Frage/n gesehen werden. (Vgl. Klemenjak 2017, S. 216.)

Stellen sich Soziale Fragen auch im 21. Jahrhundert? Wir stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen. Beispielsweise kann auf den Bereich der „atypischen Beschäftigung“ (zum Beispiel Teilzeit, befristete Dienstverhältnisse, Werkverträge, freie Dienstverträge), auf „Armut und soziale Ausgrenzung“ oder „Flucht und Asyl“ verwiesen werden. Es erscheint evident, dass in diesem Kontext der Fokus auf die „Bildung“ gelegt werden sollte. Denn diese tangiert alle zuvor genannten Bereiche und es könnte sich dabei um eine Antwort auf die Sozialen Fragen im beginnenden 21. Jahrhundert handeln. (Vgl. Klemenjak 2017, S. 216.)

Demnach ist „Bildung als reflektiertes Denken und darauf aufbauendes Handeln“ zu verstehen und „eindeutig mehr als Informationsaufnahme und Verarbeitung von Wissen“. (Gruber 2004, S. 5.) Aus die-

sem Grund kann von einem „demokratischen Element“ der Bildung ausgegangen werden, nämlich „der Forderung, dass alle Bürger die prinzipiell gleiche Chance der (politischen, kulturellen und beruflichen) Partizipation an den gesellschaftlichen Möglichkeiten erhalten sollen.“ (Giesecke 2013, S. 190.) An dieser Stelle darf auch der Begriff „Demokratie“ nicht außer Acht gelassen werden, welcher untrennbar mit dem Bildungsbegriff verbunden ist, denn „Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss; alle anderen Ordnungen haben wir gleichsam umsonst, sie reflektieren nicht auf urteilsfähige Beteiligung der Menschen am Gemeinwesen. (...) Die Bildung politischer Urteilskraft beginnt in der alltäglichen Praxis der Kindertagesstätten und sie endet auch im Seniorenheim nicht.“ (Negt 2012, S. 60 f.)

Mit diesen vielfach rezipierten Ausführungen des renommierten deutschen Sozialphilosophen Oskar Negt wird ein weiterer wichtiger Aspekt angesprochen, nämlich, dass Bildung über die gesamte Lebensspanne eines Menschen bedeutend ist und nicht auf das Kindes- und Jugendalter beschränkt werden kann. Somit nimmt die Erwachsenenbildung einen wichtigen Stellenwert ein. (Vgl. Klemenjak 2017, S. 217.)

Thematischer Einstieg: Ergebnisse aus dem Workshop

Nach einleitenden Bemerkungen zu/r Sozialen Frage/n im 19. und 21. Jahrhundert sowie zu den Begriffen „Bildung“ und „Demokratie“ wurden die Teilnehmenden dieses Workshops eingeladen, sich in Kleingruppen zu je circa vier Personen zusammenzufinden, zwei vorgegebene Fragen zu diskutieren und die Ergebnisse auf Moderationskarten zu notieren. Diese wurden an Pinnwände geheftet, von den jeweiligen Kleingruppen erläutert und im Anschluss daran im Plenum diskutiert. Nachfolgend werden die Ergebnisse – sortiert in alphabetischer Reihenfolge – dargestellt:

Was verstehen Sie unter Bildung?

- Alltägliches, lebensnahes, auf Erfahrung basierendes Lernen
- Erlerntes praktizieren zu können
- Erwerben von Kompetenzen und Fähigkeiten/Fertigkeiten
- Kognitive Prozesse
- Kompetenzen und Fertigkeiten

- Lebensbezogene Fertigkeiten
- Lebenslanges Lernen
- Lernen (zwei Nennungen)
- Persönliche Weiterentwicklung
- Soziales Lernen
- Wissen
- Wissen weitergeben zu können
- Wissensaneignung (zwei Nennungen)

Wo bzw. wie kann aus Ihrer Sicht konkret angesetzt werden, um zum Beispiel Armut und sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken?

- Aufklärung
- Aufklärungsarbeit
- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Chancengleichheit
- Finanzielle Unterstützung
- Inklusion
- Lebensbewältigung
- Sensibilisierung durch Aufklärung
- Solidarität
- Soziales Bewusstsein
- Spracherwerb
- Unterstützung/Hilfe durch Zusammenhalt
- Vorbildwirkung
- Wirtschaftssystem

Hinsichtlich der Assoziationen zum Bildungsbegriff kann angemerkt werden, dass die Teilnehmenden ein durchwegs breites Verständnis von Bildung haben, das von der Wissensaneignung über den Erwerb von Kompetenzen bis zum lebenslangen Lernen reicht. Bezüglich konkreter Ansätze, um zum Beispiel Armut und sozialer Ausgrenzungen entgegenzuwirken, reichte das Spektrum der Beiträge der Teil-

nehmenden von der Aufklärungsarbeit über Solidarität bis zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Lebensbegleitende Bildung

Das Konzept des lebenslangen Lernens/der lebensbegleitenden Bildung gilt als die Problemlösungsstrategie für Gesellschaften im Wandel. Im Beitrag geht es um die Ambivalenzen von Lernen-Müssen, also der gesellschaftlichen und individuellen Notwendigkeit zu lernen, Lernen-Wollen, was die Tatsache des freien Willens und des Interesses anspricht, nachdem Lernen ein erfüllendes Erlebnis sein kann, sowie Lernen-Können – hier geht es um Fragen der Teilhabe am Lernen in ihren unterschiedlichen Dimensionen (siehe dazu die folgende Grafik in: Gruber 2016).



Im Folgenden wird auf die zeitlich längste und an Lebensereignissen umfangreichste und ausdifferenzierteste Phase, das Erwachsenenalter, fokussiert.

Lernen-Müssen als gesellschaftliche und persönliche Herausforderung und Notwendigkeit

Ob globale ökonomische Vernetzung oder verstärkte Flüchtlingsströme infolge von Krieg und Vertreibung, ob zunehmende Spaltung der Gesellschaft oder Bewältigung des digitalen Wandels mit all seinen positiven wie negativen Implikationen – auch für Österreich bestätigt sich der allgemeine Trend, gesellschaftliche Herausforderun-

gen und Problemlagen zunehmend mit Fragen der Weiterbildungs- und Lernaktivitäten zu verknüpfen. Die letzten zwei Jahrzehnte haben gezeigt, dass die österreichische Bildungslandschaft – nicht zuletzt mit Unterstützung der Europäischen Union – auf diese Herausforderungen mit vielfältigen Maßnahmen und Aktionen reagiert hat. Im Mittelpunkt steht das Lernen über die gesamte Lebensspanne, das von der frühkindlichen Erziehung und Bildung bis in die nachberufliche Phase reicht. Grundlage dafür bildet das Konzept des lebenslangen Lernens/der lebensbegleitenden Bildung, das formale, non-formale und informelle Lernaktivitäten einschließt.

Die Frage nach der Notwendigkeit und dem Nutzen von Weiterbildung ist komplex. Prinzipiell sind zwei Perspektiven in den Blick zu nehmen, die jedoch eng miteinander verschränkt sind: Welchen Nutzen kann die Gesellschaft aus Erwachsenenbildung ziehen? Und was bringt Erwachsenenbildung der einzelnen Person? Es geht bei der Frage darum, simplen Kausalitätsbeziehungen mit Skepsis zu begegnen, ohne dabei offensichtliche Effekte zu leugnen, die es innerhalb gewisser Lebensstile und -praktiken gibt. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über Dimensionen und Nutzen von Erwachsenen- und Weiterbildung.

Nutzen von Erwachsenenbildung/Weiterbildung	
Gesellschaft <ul style="list-style-type: none"> • politische Teilhabe und Mitgestaltung • Bewältigung neuer Anforderungen • Inklusion • Umweltbewusstsein • Migration und Zusammenleben 	Individuum <ul style="list-style-type: none"> • Nachholen von Grundbildung und Bildungsabschlüssen • Qualifikation und Kompetenzentwicklung für sozialen Aufstieg • Abwehr von Arbeitslosigkeit und Armut • Wissen, neue Kontakte, Lebensführung und Gesundheit • Persönlichkeitsentfaltung und Werte
Sozialer Wandel <ul style="list-style-type: none"> • Kommunikation und Sprachen • soziale Verantwortung und Eigenverantwortung • Neuorientierung in einzelnen Lebensphasen • intergenerationales Zusammenleben 	(Neue) Arbeitswelt <ul style="list-style-type: none"> • Wandel des Berufs- und Tätigkeitsfeldes • Wechsel von beruflichen Tätigkeiten • Arbeit und Lebensform im Alter • Übergänge, Neustart/Neubeginn • Internationalisierung und Globalisierung

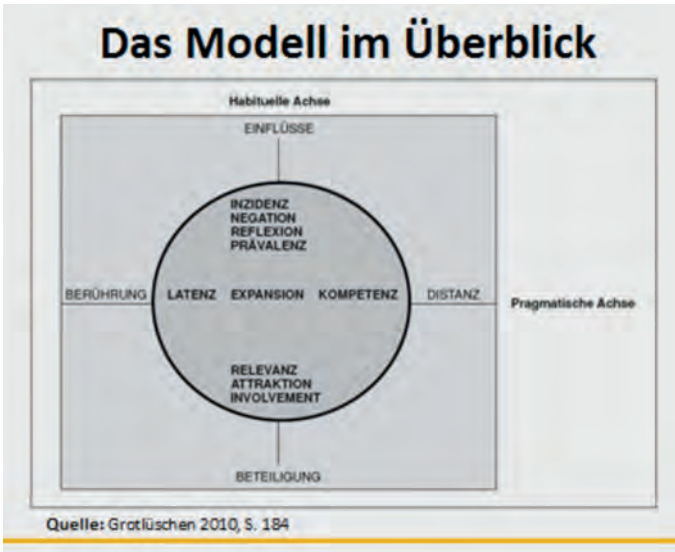
Tabelle 1: Die vier Dimensionen des Nutzens von Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Gruber/Lenz 2016

Neben den Nutzenerwartungen gibt es aber auch kritische Stimmen, die unter dem Schlagwort des „lebenslänglichen Lernens“ ein Lernen unter zunehmenden Druck und Zwang konstatieren. Hintergrund dafür bildet die Tatsache der „Verbetriebswirtschaftlichung“ (Oskar Negt) weiter Lebensbereiche und -prozesse – so auch des Lernens

und der Bildung, die nur mehr unter der Prämisse einer Investition in des Humankapital Mensch gesehen und praktiziert werden. In diesem Zusammenhang werden auch Widerstandsphänomene gegen lebenslanges Lernen diskutiert.

Lernen-Wollen als anthropologische Größe (Interessen und Motive)

In Anlehnung an Paul Watzlawicks Kommunikationstheorem „Man kann nicht nichtkommunizieren“ gilt auch für das Lernen: „Man kann nicht nichtlernen.“ Lernen ist eine anthropologische Größe, die die Menschwerdung und das Menschsein konstituiert. Motive und Interessen spielen eine wesentliche Rolle beim Lernen und in den darauf aufbauenden Bildungsprozessen. Während die Motivationsforschung stark individual-psychologisch ausgerichtet ist, weist die Lerninteressesforschung stärker pädagogische und soziale Bezüge (Dewey, Bourdieu, Holzkamp) auf und ist damit für die Erwachsenen- und Weiterbildung essenziell. Durch Peter Faulstich und Anke Grotlüschen hat sie in den letzten Jahren neue Impulse erfahren.



Grundsätzlich besteht Konsens darüber, dass Lerninteressen nicht individuell entstehen, sondern in aktiver Auseinandersetzung mit der Umwelt. Bei der Interessegenese handelt es sich um einen zyklischen Prozess, der in mehreren Phasen abläuft (Grotlüschen 2010, S. 183 ff.): 1. Berührung mit dem Gegenstand, 2. Latenz, 3. Expansion, 4. Kompetenz, 5. Distanz.

Besondere Bedeutung, ob ich etwas lernen will, kommt der ersten Phase – der Berührung mit dem Gegenstand – zu (vgl. Grotluschen 2010, S. 184). Um etwas als interessant oder attraktiv zu sehen – dazu braucht es Anstöße. Und hier kommt die Erwachsenen- und Weiterbildung ins Spiel. Sie kann mit ihren unterschiedlichsten Angeboten motivieren und anregen, begleiten und provozieren, sie kann andere Perspektiven vermitteln – oder auch Fragen und Probleme aufwerfen, die bei den Menschen Interesse erzeugen. In diesem Sinne kann ein pluralistisches, regional ausdifferenziertes und für alle zugängliches Bildungsangebot zum Bedürfnis nach Lernen als Teil eines erfüllten Lebens beitragen.

***Lernen-Können* als Frage von Teilhabe, Inklusion und Partizipation (TIP)**

Erwachsenen- und Weiterbildung ist inzwischen eine gängige Antwort auf die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Situation geworden, damit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt vergrößert, die Ungleichheit reduziert und Voraussetzungen für das Wachstum geschaffen werden. Statistische und wissenschaftliche Befunde betonen den Zusammenhang von Ausbildungshöhe mit Wirtschaftswachstum und sozialem Frieden – aber auch mit Gesundheit, Wohlstand und Wohlbefinden.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Teilhabe an Bildung und lebenslangen Lernen. Trotz einer allgemeinen Höherqualifizierung und einer über die Jahre steigenden Weiterbildungsteilnahme gilt für die Erwachsenenbildung noch immer der sogenannte Matthäus-Effekt: Wer hat, dem wird gegeben. Das heißt: Je besser die (berufliche) Erstausbildung und daher die berufliche Position, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung am lebenslangen Lernen im Erwachsenenalter. Dieser Effekt wird auch als Bildungskumulationsthese gefasst. Man könnte auch sagen: Weiterbildung privilegiert die Privilegierten. Damit widerspricht Erwachsenenbildung jedoch ihrer historischen und gesellschaftlichen Aufgabe und Funktion – nämlich zugänglich zu sein für alle, mit dem Ziel, Abschlüsse nachzuholen und sich höher qualifizieren zu können, aber auch emanzipierend und politisch förderlich für das Gemeinwesen zu sein.

Eine der Zukunftsfragen wird sein, wie wir das lebenslange Lernen organisieren, finanzieren und gestalten, um die Teilhabe aller an diesem zu ermöglichen. Dazu einige Anregungen:

Bildungsbeteiligung AES 2011/2012

Anm.: Beteiligung bezogen auf die letzten 12 Monate vor der Erhebung.

Gliederungsmerkmale	Danunter Personen, die in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung											
	Alle Personen (25 bis 64 Jahre)		an formaler Bildung teilnahmen		an nicht-formaler Bildung teilnahmen		weder an formaler noch an nicht-formaler Bildung teilnahmen		informelles Lernen betreiben		keine Weiterbildung hatten	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	4.685,3	274,6	5,9	2.431,1	45,5	2.426,9	51,8	1.310,8	28,0	1.958,8	41,8	
Geschlecht												
Männer	2.331,9	132,1	5,7	1.076,6	46,2	1.196,2	51,3	652,6	28,0	972,7	41,7	
Frauen	2.353,4	142,5	6,1	1.354,5	44,8	1.232,7	52,4	658,2	28,0	987,0	41,9	
Alter												
25 bis 34 Jahre	1.091,8	143,2	13,1	530,0	49,3	487,5	44,6	299,4	27,4	397,0	36,4	
35 bis 44 Jahre	1.238,2	69,4	5,6	595,4	48,1	603,4	48,7	352,2	28,4	492,0	39,7	
45 bis 54 Jahre	1.349,0	42,8	3,2	644,0	47,7	691,3	51,2	395,8	29,3	549,4	40,7	
55 bis 64 Jahre	1.006,4	19,4	1,9	353,7	35,2	646,6	64,3	263,5	26,2	521,4	51,8	
Höchste abgeschlossene Schulbildung - nationale Gliederung												
Pflichtschule	722,4	26,5	3,7	169,7	23,5	539,6	74,7	108,3	15,0	479,2	66,3	
Lehre	1.856,1	29,2	1,6	733,4	39,5	1.108,8	59,7	378,8	20,3	916,6	49,4	
Berufsbildende mittlere Schule (BMS)	641,7	(14,9)	(2,3)	336,8	52,5	299,8	46,7	193,2	30,1	226,2	35,3	
Höhere Schule (AHS/BHS)	730,3	88,9	12,2	384,6	52,7	297,6	40,8	262,8	36,0	217,2	29,7	
Universität, Fachhochschule, hochschulverwandte Ausbildung	734,9	115,2	15,7	506,7	68,9	183,2	24,9	369,8	50,3	120,6	16,4	

Q: STATISTIK AUSTRIA, Erwachsenenbildungserhebung 2011/2012 (AES) - Werte in Klammern beruhen auf weniger als 20 Beobachtungen.

- Lernen und Bildung ist als Kontinuum über die gesamte Lebensspanne zu sehen, zu fördern und zu verankern.
- Lernende sind stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Vor allem die Erwachsenen- und Weiterbildung entwickelt sich immer mehr in Richtung einer qualitativ hochwertigen Dienstleistung.
- Es sind verstärkt neue Lehr- und Lernformate – wie selbstorganisiertes, selbstgesteuertes sowie digitales und informelles Lernen – einzusetzen. Zu einer neuen Lernkultur gehören auch Lernortkooperationen und regionale Lernortverbünde.
- Die Beteiligung an Lernen und Bildung ist insgesamt zu erhöhen – jedoch besonders die der bildungsbenachteiligten Menschen. Wichtige Funktionen nehmen in diesem Zusammenhang ein qualitätsgesichertes, zeitgemäßes, regional gut zugängliches und zielgruppenspezifisch ausgerichtetes Angebot sowie entsprechende bildungspolitische Schwerpunktsetzungen ein.
- Die Mobilität und Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bereichen des Bildungssystems und des Lernens über die Lebensspanne ist zu erhöhen. Durch eine verstärkte Anerkennung und Validierung von Lernen gilt es, die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsbereichen und -formen zu verbessern.

Letztlich gilt: Lernen folgt anderen Grundstrukturen als die Produktion von Autos: Lernen braucht Zeit, Ermutigung und die Möglichkeit des

Aufbaus von Beziehungen. Nur dann „berührt“ Lernen den Menschen und kann „wirken“.

Resümee

Ausgehend von der Sozialen Frage im 19. Jahrhundert wurde herausgearbeitet, dass Soziale Fragen auch im 21. Jahrhundert präsent sind. Ging es früher um „den Versuch, eine Antwort auf die gravierenden Missstände der Massenverelendung der Arbeiterschaft“ zu geben (vgl. Pichler/Klemenjak 2015, S. 6), so stellen sich die gegenwärtigen Herausforderungen durchwegs heterogener dar. Exemplarisch wurde auf die „atypische Beschäftigung“, auf „Armut und soziale Ausgrenzung“ sowie „Flucht und Asyl“ verwiesen. Darauf aufbauend konnte festgehalten werden, dass mit dem Thema „Bildung“ auf Soziale Fragen im 21. Jahrhundert geantwortet werden könnte. Insbesondere dann, wenn unter Bildung „reflektiertes Denken und darauf aufbauendes Handeln“ (Gruber 2004, S. 5) verstanden wird.

Im Anschluss daran wurden die Teilnehmenden des Workshops gebeten, sich über „ihren“ Bildungsbegriff Gedanken zu machen. Diesbezüglich kann angemerkt werden, dass die Teilnehmenden ein durchwegs breites Verständnis von Bildung haben. Dieses reicht von der Wissensaneignung über den Erwerb von Kompetenzen bis zum lebenslangen Lernen. In einem nächsten Schritt formulierten die Teilnehmenden Vorschläge, wo bzw. wie aus ihrer Sicht angesetzt werden kann, um zum Beispiel Armut und sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken. Das Spektrum reichte von der Aufklärungsarbeit über Solidarität bis zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Darauf aufbauend erfolgten Ausführungen zum Thema „Lebensbegleitende Bildung – zwischen Müssen, Wollen und Können“. Das Konzept des lebenslangen Lernens/der lebensbegleitenden Bildung gilt als die Problemlösungsstrategie für eine Gesellschaft im Wandel. Im Vordergrund standen die Ambivalenzen von Lernen-Müssen, also der gesellschaftlichen Notwendigkeit zu lernen, Lernen-Wollen, was die Tatsache des freien Willens anspricht, nachdem Lernen ein erfüllendes Erlebnis sein kann, sowie Lernen-Können – hier geht es um Fragen der Teilhabe am Lernen in ihren unterschiedlichen Dimensionen.

Abschließend soll auf die Ausführungen von Landeshauptmann Peter Kaiser verwiesen werden. In einem Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Emmerich Tálos im März 2015 stellte er folgenden Konnex zwischen (der) Sozialen(n) Frage(n) und Bildung her: *„Ich denke, dass*

Interessen auch eine Befähigung brauchen, um sie (...) zu erkennen (...) und anzuschauen, wie verändere ich Dinge, mit denen ich nicht zufrieden bin. Für mich ist ganz entscheidend, dass die Soziale Frage mit einem (...) Bereich sehr eng verbunden ist, aber doch meistens auch in der politischen Öffentlichkeit davon separiert gesehen wird, nämlich dem Bereich der Bildung“. (Pichler/Klemenjak 2015, S. 20.)

Literaturverzeichnis

Giesecke, Hermann (2013): Bildung. In: Kreft, Dieter; Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit – Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Beltz Juventa, Weinheim und Basel, S. 188 bis 193.

Grotlüschen, Anke (2010): Erneuerung der Interessetheorie – Die Genese von Interesse an Erwachsenen- und Weiterbildung, VS Springer, Wiesbaden.

Gruber, Elke (2004): Information? Wissen? Bildung? Vergessen? – Über Mythen und Möglichkeiten der Bildung Erwachsener. In: Österreichische Volkshochschule (ÖVH) – Magazin für Erwachsenenbildung, 55. Jg., März 2004, Heft 211, S. 2 bis 11.

Gruber, Elke (2016): Lebenslanges Lernen: Zwischen Müssen, Wollen und Können – Aufzeichnung der Montagsakademie vom 11. April 2016. (Online im Internet unter: <https://montagsakademie.uni-graz.at/de/zum-nachsehen/studienjahr-201516/> [Zugriff am 24. Februar 2017.]

Gruber, Elke; Lenz, Werner (2016): Erwachsenen- und Weiterbildung Österreich, W. Bertelsmann, Bielefeld.

Klemenjak, Martin (2017): „Bildung“ als Antwort auf Soziale Fragen im 21. Jahrhundert – Exemplarisch ausgewählte Reformansätze für Politik und Gesellschaft. In: Anderwald, Karl; Filzmaier, Peter; Hren, Karl (Hrsg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2016/Koroški politični zbornik 2016, Verlag Hermagoras/Mohorjeva, Klagenfurt/Ljubljana/Wien, S. 216 bis 225.

Negt, Oskar (2012): Gesellschaftsentwurf Europa – Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen. Steidl Verlag, Göttingen.

Obinger, Herbert; Tálos, Emmerich (2006): Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau – Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition, VS Verlag, Wiesbaden.

Pichler, Heinz; Klemenjak, Martin (Hrsg.) (2015): ... damit der soziale Grundwasserspiegel wieder steigt! Reflexionen zur Sozialen Frage im 21. Jahrhundert – Emmerich Tálos im Gespräch mit Peter Kaiser, Wieser Verlag, Klagenfurt.

Florian Kerschbaumer

Die „Soziale Frage“ im Spannungsfeld einer globalisierten Welt

Unter dem Begriff „Soziale Frage“ subsumiert man im Allgemeinen – ausgehend von den Umbrüchen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert – ökonomisch und gesellschaftlich generierte Phänomene wie Armut, materielle und soziale Deprivation, Arbeits-, Chancen- und Perspektivenlosigkeit. Heutzutage werden diese Aspekte gerne auch unter der Chiffre der sozialen Ungleichheit diskutiert; ein Terminus, der, wie Didier Eribon in seiner sehr persönlichen Analyse der französischen Gesellschaft feststellt, „eigentlich ein Euphemismus ist“, vergegenwärtigt man sich die daraus resultierende bittere Realität für die betroffenen Menschen. (Eribon 2016, S. 78.)

Es gab und gibt jedoch immer wieder Ansichten, die den Begriff der „Sozialen Frage“ perspektivisch erweitern woll(t)en. So schrieb beispielsweise der Pariser Erzbischof Jean Verdier, ein Mahner gegen den Faschismus (Merlio 2005, S.125), in seinem 1940 veröffentlichten Buch „Die Kirche und die soziale Frage“:

„Wollte man den Begriff der ‚Sozialen Frage‘ in seinem ganzen Umfang erfassen, müsste man antworten: Die Soziale Frage ist der Inbegriff aller Probleme, die sich aus dem Zusammenleben von Individuen in einer Gemeinschaft ergeben“. (Zit. nach Zschaler 2012, S. 99.)

Das in diesem Zitat implizierte Plädoyer für eine systematische Erweiterung der „Sozialen Frage“, die hinsichtlich des Vorwurfs der analytischen Beliebigkeit oder im Sinne Max Webers aufgrund geringer „Begriffsschärfe“ (Weber 1984, S. 17) durchaus kritisch betrachtet werden kann, gibt doch wichtige Impulse für die Beschäftigung mit den „Sozialen Fragen“ im 21. Jahrhundert. Erstens, weil gesell-

schaftliche Problemlagen selten monokausaler Natur sind, und zweitens, da ein erweitertes Blickfeld auch zu einem Umkehrschluss anregen kann: also unter der „Sozialen Frage“ nicht nur die vielfältigen Formen von Bedrohungen zu verstehen, sondern dezidiert auch danach zu fragen, welche Faktoren eigentlich eine Gesellschaft – im positiven Sinne – zusammenhalten.

Komplexität und Mehrdimensionalität der „Sozialen Frage“

Zur Verdeutlichung der Vielschichtigkeit von Problemen – die über den klassischen Bezugsrahmen der „Sozialen Frage“ hinausgehen –, welchen die Gesellschaft gegenüberstehen kann, seien nur einige Beispiele erwähnt. So gehören wohl Krieg und bewaffnete Konflikte jeglicher Art zu den gefährlichsten Phänomenen, die das soziale Gefüge zum Einsturz bringen können. Zahlreiche historische Beispiele, aber auch aktuelle Konflikte zeugen davon in schmerzlicher Art und Weise. Hierzu zählt auch der Terrorismus, der – nicht erst in den letzten Jahren (vgl. z.B. Dietze 2016) – durch seine perfide Manner Angst, Hilflosigkeit und Verlust an Vertrauen in die öffentlichen Institutionen erzeugt, und Gesellschaften destabilisieren oder sogar nachhaltig verändern kann. Weitere wesentliche Aspekte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt erodieren bzw. völlig umgestalten können, sind klimatische Veränderungen, Naturkatastrophen und Epidemien. Auch hier ist der Blick in die Geschichte lehrreich – beginnend bei klimatischen Veränderungen, wie der Kleinen Eiszeit am Beginn der Neuzeit (Blom 2017), den globalen und ökonomischen Auswirkungen des Vulkanausbruchs von Tambora 1815 (Behringer 2016) oder der großen Pestepidemie in Europa Mitte des 14. Jahrhunderts (Bergdolt 2017). Wie dringend gegenwärtig diese Fragen sind, erscheint angesichts des Klimawandels und des schonungslosen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen unseres Planeten evident. (Kolbert 2015.) Gesellschaftliche Gefährdungspotenziale, deren Folgen man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vollends abschätzen kann, ergeben sich aus den technologischen Entwicklungen der jüngsten Zeit, die sich in ungeahnter Geschwindigkeit vollziehen. Der israelische Historiker Yuval Noah Harari sieht die drängenden Fragen der Gegenwart und der Zukunft eben nicht mehr in den „klassischen“ Geißeln der Menschheit, denn „[z]um ersten Mal in der Geschichte sterben mehr Menschen, weil sie zu viel essen und nicht weil sie zu wenig essen. Mehr Menschen sterben an Altersschwäche als an ansteckenden Krankheiten. Und mehr Menschen begehen Selbstmord, als von Soldaten, Terroristen und Kriminellen zusammen getötet werden“. (Harari 2017, S. 10.) Die entscheidenden Fragen,

mit denen man sich in der Zukunft auseinandersetzen wird müssen und die maßgeblichen Einfluss auf unser soziales Gefüge haben werden, sind die rasanten Entwicklungen in den Bereichen der Nano- und Cybertechnologie, der Genetik, der Biotechnologie, der künstlichen Intelligenz usw., welche die Gesellschaft in einer Art und Weise verändern, die wir uns heute noch nicht einmal vorstellen können. „Wir könnten also sagen“, so der israelische Historiker, „dass die neue menschliche Agenda in Wahrheit nur aus einem einzigen Projekt (mit vielen Verzweigungen) besteht: Göttlichkeit zu erlangen“. (Ebd., S. 69.)

Schließlich muss auch Berücksichtigung finden, dass objektive, mess- und beobachtbare Phänomene, die sich nachhaltig negativ auf den gesellschaftlichen Kitt auswirken, in vielfältiger Art und Weise auch von affektiven Aspekten begleitet werden. Allen voran ist hier die Angst zu nennen, deren toxischer Charakter durchaus in der Lage ist, das gesellschaftliche Klima nachhaltig zu vergiften. Daher verkündete der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt nicht zu Unrecht in seiner berühmten Inaugurationsrede von 1933 auch: „[T]he only thing we have to fear is fear itself“. (Roosevelt 1933) Angstquellen gibt es heute zur Genüge: Krieg, Terror, Umwelt- und Naturkatastrophen sowie Wirtschaftskrisen. Daneben sind jedoch auch durchaus subtilere Aspekte zu nennen. So schreibt der deutsche Soziologe Heinz Bude, in Bezug auf unser gegenwärtiges gesellschaftliches und ökonomisches System in Europa: „Man kann die Veränderungen so auf den Punkt bringen, dass wir heute einen Wechsel im gesellschaftlichen Integrationsmodus vom Aufstiegsversprechen zur Exklusionsdrohung erleben“. (Bude 2014, S. 19.) Daraus resultiert ein stetiger Kampf, den der Schriftsteller Ilija Trojanow pointiert beschreibt:

„Auch bei uns stecken viele Menschen im Treibsand zwischen Erfolg und Überflüssigkeit fest. Sie kämpfen darum, nützlich zu bleiben, wesentlich zu werden, im Wettbewerb zu bestehen, den drohenden Absturz in die soziale Irrelevanz und materielle Unterversorgung zu vermeiden. Es geht um alles. To become redundant lautet auf Englisch die gängige Bezeichnung für den Verlust des Arbeitsplatzes – die wortwörtliche Übersetzung bedeutet »überflüssig werden«“. (Trojanow 2013, S. 28 f.)

Dass Affekte zudem noch durch kognitive und linguistische Erkenntnisse, wie das Framing (Wehling 2016), und die neuen Möglichkeiten der vorhandenen Kommunikationstechnologie gezielt instrumentalisiert werden, wie in jüngster Zeit verstärkt zu beobachten, verschärft das Problem zusätzlich.

Globale Verflechtungen

Die oben skizzierten und viele weitere Bedrohungsszenarien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt treten jedoch selten alleine auf, sondern sind häufig kausal oder interdependent miteinander verknüpft, und in vielen Fällen erreichen diese Verflechtungen globale Dimensionen. Denken wir beispielsweise an die Folgen, die unsere „imperiale Lebensweise“, wie es Markus Wissen und Ulrich Brand unlängst bezeichneten (Wissen/Brand 2017), hinsichtlich dem Wunsch nach Rohstoffen und billigen Konsumgütern, anderorts in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht mit sich bringen. Aus dieser Perspektive lässt sich den Gedanken des Politologen Ivan Krastev durchaus etwas abgewinnen, wenn er das omnipräsente Phänomen der Migration als eine „neue Revolution“ bezeichnet: „Für eine wachsende Zahl von Menschen bedeutet Veränderung nicht mehr, die Regierung zu wechseln, unter der sie leben, sondern das Land zu wechseln, in dem sie leben“. (Krastev 2017, S. 129.)

Vor diesem Hintergrund Lösungsstrategien ausschließlich aus nationalstaatlichen Deutungsrahmen zu entwickeln, ist angesichts der globalen Zusammenhänge nicht nur antiquiert, sondern langfristig gefährlich. Um es an dieser Stelle bewusst pointiert zu formulieren: Wer die für Europa stellt, muss sie konsequenterweise auch für die Welt stellen. Denn entscheidend ist, wie es der bekannte amerikanische Evolutionsbiologe Jared Diamond formulierte, „[d]ie Reaktionen einer Gesellschaft erwachsen aus ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen sowie aus ihren kulturellen Werten (...), ob die Gesellschaft ihre Probleme lösen kann.“ (Diamond 2006, S. 29) – oder aber auch sie erst gar nicht entstehen lässt.

Was hält die Gesellschaft zusammen?

Als zweiter wesentlicher Punkt, der eine breitere Auffassung der „Sozialen Frage“ mit sich bringt, ist der komplementäre Fokus auf die Grundbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens anzuführen. Auf welchen Fundamenten fußt dieses überhaupt? Die Wissenschaft liefert hierfür zahlreiche Erklärungsmodelle: Häufig wird die Vorstellung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses tradiert, der in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität vorhanden sein kann. Dieser Konsens kann sich beispielsweise über eine gemeinsame Sprache oder Kultur ergeben, durch eine Verfassung oder Staatsgründung hergestellt werden oder durch die Berufung auf gemeinsame universalistische Werte, wie z.B. die Menschenrechte, entstehen. (Hradil 2013, S. 22 ff.). Andere sehen den Zusammenhalt vor allem

durch die „Überbrückung gesellschaftlicher Ausdifferenzierungen“ gegeben, sich beispielsweise durch vorteilhafte Wechselbeziehung oder das Versprechen von sozialer Balance ergibt (ebd., S. 24 ff.). Daran angeschlossen ist der Aspekt, wie Gesellschaften mit Konflikten umgehen und inwieweit diese in einem allgemein akzeptierten Verfahren gelöst werden können (ebd. S. 26 ff.).

All diese Konzepte lassen zwei entscheidende Beobachtungen zu: Erstens fußen sie auf der Vorstellung des Menschen als soziales Wesen, das „in seiner Abneigung gegen Einsamkeit“, wie es schon Charles Darwin ausdrückte, „seinen Wunsch nach Gesellschaft über den Rahmen seiner Familie hinaus“ erfüllt. (Darwin 1982 [1874], S. 80).

Zweitens muss man konstatieren, dass das Fundament des gesellschaftlichen Zusammenhalts einem stetigen Wandel unterworfen ist bzw. sogar sein muss, um auf unterschiedliche Veränderungen adäquat reagieren zu können. Diesem Wandel ist man jedoch keineswegs hilflos ausgesetzt, sondern gerade in einer demokratischen Gesellschaftsordnung kann dieser auch bewusst herbeigeführt werden. Gerade in Umbruchsphasen oder aber auch einer (zumindest gefühlten) Übergangszeit, erscheint es daher notwendig, explizit die Frage zu stellen, wie wir eigentlich zusammenleben wollen.⁵ Einem solchen Ansatz könnte die Kraft innewohnen, verfahrenere Antagonismen negativer Provenienz aufzubrechen, und in einem positiven demokratischen Diskurs zu transformieren.

Für den kanadischen Philosophen und Politikwissenschaftler Charles Taylor ist genau dieser Prozess der bewussten Artikulation dieser Frage entscheidend für die Bewerkstelligung der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen:

„Es muss artikuliert werden, also expliziert, gerechtfertigt und dargestellt werden, wie das neue Zusammenleben aussehen soll und inwiefern es sich von überkommenen Modalitäten sozialer Interaktion unterscheidet. Was, anders gesagt, nötig ist, ist eine Erzählung des Übergangs, der bewerkstelligt werden soll.“ (Taylor 2017, S. 25.)

Daher lohnt es sich wenn man über die „Sozialen Fragen“ des 21. Jahrhunderts nachdenkt nicht nur den Analyserahmen vor allem hinsichtlich der globalen Dimensionen zu erweitern, sondern auch pro-

⁵ Als Beispiel für einen solchen aktiv geführten Diskurs sei auf das in den letzten Jahren in Lateinamerika intensiv diskutierte Konzept des „Buen Vivir“ verwiesen. (Acosta 2016.)

blemorientierte Sichtweisen durch prinzipielle und gestalterische Ansätze zu ergänzen. Wie immer neue Konzepte des gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Zukunft aussehen mögen, so wäre ein Zitat des amerikanischen Philosophen Richard Rorty durchaus als utopisches, aber gerade wohl deswegen als ein besonders lohnendes Leitmotiv zu sehen:

„[E]s fing damit an, daß zu ‚uns‘ auch die Familie in der Nachbargrube zählte, dann der Stamm am anderen Flußufer, dann der Stammesverband jenseits der Berge, danach die Ungläubigen jenseits der Meere (und zum Schluß vielleicht die Untergeordneten, die während der ganzen Zeit die schmutzige Arbeit für uns getan haben). Diesen Prozeß sollten wir möglichst in Gang halten. Wir sollten Ausschau halten nach marginalisierten Gruppen, die wir instinktiv noch immer unter ‚sie‘ einordnen, nicht unter ‚wir‘. Wir sollten unsere Ähnlichkeit mit ihnen zu sehen versuchen.“ (Rorty 2012, S. 316.)

Literaturverzeichnis

- Acosta, Alberto (2016): *Buen Vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben*. 3. Auflage, oekom, München.
- Behringer, Wolfgang (2016): *Tambora und das Jahr ohne Sommer. Wie ein Vulkan die Welt in die Krise stürzte*. 3. Auflage, C.H. Beck, München.
- Bergdolt, Klaus (2017): *Der Schwarze Tod in Europa. Die Große Pest und das Ende des Mittelalters*. 4. Auflage, C.H. Beck, München.
- Blom, Philipp (2017): *Die Welt aus den Angeln. Eine Geschichte der Kleinen Eiszeit von 1570 bis 1700 sowie der Entstehung der modernen Welt, verbunden mit einigen Überlegungen zum Klima der Gegenwart*. Carl Hanser, München.
- Bude, Heinz (2014): *Gesellschaft der Angst*. Hamburger Edition, Hamburg.
- Darwin, Charles (1982 [1874]): *Die Abstammung des Menschen*. Alfred Körner, Stuttgart.
- Diamond, Jared (2006): *Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*. S. Fischer, Frankfurt am Main.
- Dietze, Carola (2016): *Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858–1866*. Hamburger Edition, Hamburg.
- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*. 5. Auflage, Suhrkamp, Berlin.
- Harari, Yuval Noah (2017): *Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen*. 2. Auflage, C.H. Beck, München.

- Hradil, Stefan (2013): Was hält Gesellschaften zusammen? Gesellschaftstheoretische Konzeptionen im Vergleich. In: Köppl, Stefan (Hrsg.): Was hält Gesellschaften zusammen? Ein internationaler Vergleich. Springer VS, Wiesbaden, S. 17 bis 31.
- Merlio, Gilbert (2005): Die Konfrontation der französischen Kultur mit totalitären Ideologien und die Rolle von Laizismus und Religion. In: Besier, Gerhard; Lübke, Hermann (Hrsg.): Politische Religion und Religionspolitik. Zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen, S. 111 bis 132.
- Kolbert, Elizabeth (2015): Das sechste Sterben. Wie der Mensch Naturgeschichte schreibt. Suhrkamp, Berlin.
- Krastev, Ivan (2017): Auf dem Weg in die Mehrheitsdiktatur? In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Suhrkamp, Berlin.
- Rorty, Richard (2012): Kontingenz, Ironie und Solidarität. 10. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Roosevelt, Franklin D. (1933): Inaugural Address, March 4, 1933. (Online unter: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=14473> [Zugriff am 20. April 2017].)
- Taylor, Charles (2017): Werden, was wir sind. Interkulturalismus und Demokratie im Zeichen der „Flüchtlingskrise“. In: Mittelweg 36, Heft 2, S. 15 bis 26.
- Trojanow, Ilija (2013): Der überflüssige Mensch. 2. Auflage, Residenz, St. Pölten/Salzburg/Wien.
- Weber, Max (1984): Soziologische Grundbegriffe. 6. Auflage, Mohr Siebeck, Tübingen.
- Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Halem, Köln.
- Wissen, Markus; Brand, Ulrich (2017): Unsere schöne imperiale Lebensweise. Wie das westliche Konsummodell den Planeten ruiniert. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5, S. 75 bis 82.
- Zschaler, Frank (2012): Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts in deutscher und europäischer Perspektive. In: Habisch, André; Küsters, Hanns Jürgen; Uertz, Rudolf (Hrsg.): Tradition und Erneuerung der christlichen Sozialethik in Zeiten der Modernisierung. Herder, Freiburg im Breisgau, S. 99 bis 118.

Heidi Grobbauer/Josefine Scherling

Jenseits von Entwicklungshilfe und Almosen – die Soziale Frage als globales Phänomen

Die soziale Frage bezeichnet im historischen Kontext die gesellschaftlichen Missstände im Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Dieser Wandel war begleitet von Landflucht, hoher Arbeitslosigkeit und Verelendung großer Bevölkerungsteile. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird nun vielerorts die Rückkehr der sozialen Frage konstatiert. „Wie die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Kapital und die damit verbundene Ausbeutung der Arbeiterklasse zur Zeit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert zur Forderung nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit in Form wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte geführt hat, so stellt sich im 21. Jahrhundert nach mehr als drei Jahrzehnten der Zunahme der Ungleichheit in den meisten Industrieländern wieder dieselbe soziale Frage“. (Nowak 2015, S. 18.) Darauf verweisen die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2016“, die ebendiese Problematik aufgegriffen haben:

Der Workshop mit dem Titel „Jenseits von Entwicklungshilfe und Almosen“ hatte das Ziel, sich der Rückkehr der sozialen Frage(n) aus einer globalen Perspektive zu nähern und bei den Teilnehmenden ein Verständnis für die Gefährdungen des sozialen Zusammenhalts sowie für die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit im Kontext der Weltgesellschaft zu wecken.

Der vorliegende Beitrag skizziert zunächst globale Zusammenhänge und gibt einen kurzen Einblick in Strategien zur Bekämpfung der globalen Armut und des weltweiten Hungers. Dabei werden auch neue Formen der Finanzierung von Entwicklungsagenden und politischer

Steuerung kritisch beleuchtet. Die Auseinandersetzung mit der Kluft zwischen Arm und Reich als strukturelle Ursache sozialer Problemlagen bildet den Abschluss des Beitrags.

Soziale Fragen aus globaler Perspektive

Die soziale Frage wird im 21. Jahrhundert immer noch meist national oder in einem regionalen Kontext gedacht. Längst aber ist auch die soziale Frage zu einer globalen geworden. Armut, Hunger, Unter- und Mangelernährung, geringe Chancen auf Veränderung der Lebensverhältnisse und damit fehlende Zukunftsperspektiven sind für viele Menschen im globalen Süden normaler Alltag. Obwohl sich die sozioökonomischen Daten in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt verbessert haben, weist die soziale Lage in vielen Weltregionen Ähnlichkeiten mit den historischen Missständen im 19. Jahrhundert auf.

Die gravierendsten sozialen Probleme sind absolute oder extreme Armut⁶, Hunger und Mangelernährung, fehlender Zugang zu sauberem Trinkwasser, schlechte Gesundheitsversorgung und fehlende Systeme zur sozialen Sicherung sowie geringe Chancen auf Bildung und sozialen Aufstieg. Die Suche nach besseren Lebensbedingungen verstärkt die Landflucht und den Zuzug in die Ballungszentren. Heute leben circa 50 Prozent der Weltbevölkerung in Städten. Die Zahl der Menschen, die in städtischen Elendsvierteln leben, beträgt mindestens 860 Millionen. Die UNO prognostiziert eine Verdopplung, bis 2030 könnten etwa zwei Milliarden Menschen davon betroffen sein (vgl. BMZ 2014). Extreme Armut, beengte Wohnverhältnisse und soziale Diskriminierung machen die Slums zu sozialen Konfliktherden.

Aber nicht allein die Tatsache, dass Armut, Verelendung und soziale Ungleichheit weltweite Phänomene sind, macht die soziale Frage zu einer globalen. Die sozialen Herausforderungen sind vielmehr Teil von krisenhaften Entwicklungen, die sowohl in ihren Ursachen als auch in ihren Folgen nur vor dem Hintergrund globaler Rahmenbedingungen und Entwicklungen analysiert werden können. Im sozialwissenschaftlichen Diskurs wird seit einigen Jahren von einer multiplen Krise (u.a. Brand 2009) oder einer Vielfachkrise (Demirović et al. 2011) gesprochen. Im Mittelpunkt steht dabei die Wirtschafts- und Finanzkrise, die keinesfalls als beendet gilt, deren Management vor allem durch die Austeritätspolitik neue Krisen hervorgebracht

⁶ Extreme Armut ist als Zustand definiert, in dem sich ein Mensch die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse nicht leisten kann. Relative Armut beschreibt Armut im Verhältnis zum jeweiligen Umfeld eines Menschen.

hat. Eine globalisierte Weltwirtschaft, eine Wirtschafts- und Produktionsweise, die auf Wachstum und extremer Ausbeutung von Mensch und Natur beruht, in Kombination mit einer neoliberalen Politik, zeitigen mittlerweile sowohl in den Wohlstandszentren als auch den ärmeren Regionen ähnliche Folgen. „Soziale Polarisierung, Prekarisierung und der durch die Folgen der Wirtschaftskrise beschleunigte Abstieg der Mittelschichten in vielen Ländern des globalen Nordens, die Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung und die Zunahme von Armut, Migration und Kriegen in Teilen des ‚Südens‘ können zu verstärkter politischer Instabilität und umfassenden Reproduktionskrisen führen“. (Bader et al. 2011, S. 25.)

Spätestens mit der Fluchtbewegung Mitte 2015 ist klar geworden, dass diese Krisenphänomene eng zusammenhängen und in der Zunahme von Flucht und Migration, die nach Europa drängt, einen Kulminationspunkt erreicht haben. Der politische Diskurs um Einwanderung sowie die fehlende konstruktive und einheitliche Asyl- und Migrationspolitik in Europa haben die schon vorher spürbare Krise politischer Repräsentation und Demokratieentwicklung forciert und den Boden für die Verbreitung populistischer Parteien aufbereitet. Während die politische und mediale Auseinandersetzung auf die Abschottung Europas und die Behandlung des Themas Migration als Sicherheitsfrage fokussiert scheint, bleiben auch bei diesem Thema die grundlegenden Fragen weitgehend ausgeklammert: die Komplexität und die strukturellen Dimensionen von Migrationsursachen oder die grundsätzliche Frage nach den Steuerungsmöglichkeiten globaler Migration. „Vor diesem Hintergrund wird immer offensichtlicher, dass man der Verpflichtung zu helfen nicht gerecht wird, indem man einer Minderheit Geflüchteter ein besseres Leben in Europa ermöglicht. Rettung kann nicht durch die Teilnahme an einer Lotterie erreicht, die Krise nicht gelöst werden, indem man sich vorrangig mit Individuen beschäftigt. Flucht darf nicht mehr als Problematik behandelt werden, die auf Fallbasis zu lösen ist. Stattdessen brauchen wir neue strategische Konzepte, die sich sowohl mit den grundlegenden als auch mit den dringlichen Problemen befassen: Zum einen muss den aktuell sechzig Millionen Vertriebenen auf der Welt kurzfristig Schutz geboten werden, zum anderen sollte es oberste Priorität haben, die globale Massenarmut zu bekämpfen“. (Collier 2016, o. S.)

„Jedes Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet“

Mit dieser drastischen und wiederkehrenden Anklage versucht Jean Ziegler, der acht Jahre als UNO-Sonderberichterstatter für das Recht

auf Nahrung tätig war, die Tatsache zu skandalisieren, dass im 21. Jahrhundert immer noch Menschen an Hunger sterben, obwohl die Mittel und Möglichkeiten zur Ernährungssicherung vorhanden sind (vgl. Ziegler 2011). Tatsächlich ist, so Andreas Fischer-Lescano und Kolja Möller (2012, S. 45), „die gegenwärtige globale Lage an Zynismus kaum zu überbieten. Während Billionen von Euro für die Rettung von Banken aufgebracht werden, stellt niemand jene 13 Mrd. Dollar zur Verfügung, die nach Berechnungen der UNO gebraucht werden, um den Welthunger zu stillen“.

Die Zahl der Hungernden ist seit 1990 zwar um 216 Millionen zurückgegangen. Laut UNO-Bericht haben 72 von 129 Ländern den Anteil der hungernden Bevölkerung um die Hälfte reduzieren können. Trotz aller Bemühungen im Kampf gegen Unter- und Mangelernährung leiden weiterhin 795 Millionen Menschen an Hunger. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) führt Hunger und Mangelernährung vor allem auf politische Instabilität und kriegerische Konflikte sowie auf Naturkatastrophen und die Folgen ökologischer Zerstörung, insbesondere des Klimawandels, zurück. Außerdem sind die hohen Nahrungsmittelpreise eines der größten Probleme im Kampf gegen Unterernährung (vgl. FAO 2015, o. S.). Die Welthungerhilfe, eine der großen entwicklungspolitischen Organisationen Deutschlands, führt noch weitere Ursachen an, wie schlechte Regierungsführung und Korruption, die Verschwendung von Ressourcen wie z.B. Wasser und Böden sowie die Verzerrung des Welt Handels durch unfaire Handelsabkommen, Subventionen oder Marktzugänge und Preisvorteile für Unternehmen aus den reichen Industrienationen (vgl. Welthungerhilfe o.J.). Öffentliche Aufmerksamkeit erregen meist nur akute Hungersnöte, dabei gehört die dauerhafte Unter- und Mangelernährung zu jenen globalen Krisenphänomenen, die eingangs bereits erwähnt wurden.

Der Kampf gegen die weltweite Armut

Im Jahr 2000 haben die Vereinten Nationen mit den Millennium Development Goals (MDG) ein Programm verabschiedet, das sich vor allem die Bekämpfung von Armut und Hunger weltweit zum Ziel setzte. Im Zeitraum von 15 Jahren sollte es gelingen, die extreme Armut zu halbieren. Insgesamt ist die Bilanz der MDG nach 15 Jahren durchwachsen, die UNO sieht aber große Erfolge in der Armutsbekämpfung. Die extreme Armut ist in den letzten 20 Jahren deutlich zurückgegangen: Während 1990 fast die Hälfte der Bevölkerung in Entwicklungsländern von weniger als 1,25 US-Dollar pro

Tag lebte, lag dieser Anteil 2015 nur mehr bei 14 Prozent. Weltweit fiel die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen zwischen 1990 und 2015 um mehr als die Hälfte, von 1,9 Milliarden auf 836 Millionen (vgl. Vereinte Nationen 2015, S. 4). Diese positive Entwicklung ist vor allem auf das Wirtschaftswachstum in Ländern wie China oder Indien und eine produktivere Landwirtschaft zurückzuführen.

Mittlerweile hat die Weltbank den Schwellenwert für extreme Armut auf 1,90 US-Dollar hinaufgesetzt. „Aber auch dieser Schwellenwert für die extreme Armut ist äußerst problematisch. Er basiert auf dem Durchschnitt der Armutsgrenzen von 15 der ärmsten Länder der Welt und ist selbst für viele Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas viel zu niedrig angesetzt. Es wäre abwegig zu glauben, die Armut wäre überwunden, wenn alle Menschen über ein Pro-Kopf-Einkommen von mindestens 1,91 US-Dollar pro Tag verfügten. Diese Armutsgrenze kann allenfalls die Schwelle des Überlebens markieren, nicht aber die Schwelle zum ‚angemessenen Lebensstandard‘, wie er als Recht in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte allen Menschen zugestanden wird“. (Martens/Obenland 2016, S. 26.)

Armut allein über das Einkommen zu messen, kann die Komplexität des Phänomens nicht ausreichend erfassen; das zeigt auch ein neues Messinstrument, mit dem das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) seit Kurzem arbeitet. Der mehrdimensionale Armutsindex (Multidimensional Poverty Index, MPI) unterscheidet sich von anderen Armutsindizes dadurch, dass er zusätzlich die Dimensionen Gesundheit, Bildung und Lebensstandard in die Messung einbezieht und die Daten aus Haushaltsbefragungen stammen. Die Indikatoren des MPI fragen beispielsweise danach, wie viele Haushaltsmitglieder länger als fünf Jahre zur Schule gegangen sind, ob ein Kind in der Familie gestorben ist, ob der Haushalt Zugang zu Elektrizität hat und ob sauberes Trinkwasser mehr als 30 Gehminuten entfernt ist. Nach dem ersten MPI, der auf Daten aus 104 Ländern beruht, leben 1,7 Milliarden Menschen in Armut; das sind etwa 400 Millionen mehr als die Berechnungen der Weltbank ergeben. Mit dem MPI ist es außerdem möglich, sehr genau festzustellen, welche Bevölkerungsgruppen von Armut betroffen und in welchen Bereichen sie benachteiligt sind (vgl. Elliesen 2010).

Die Vereinten Nationen versuchen, durch internationale Initiativen auf diesen Zustand zu reagieren und haben im September 2015 unter dem Titel „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ ein neues globales Entwicklungsprogramm beschlossen. Übergeordnetes Ziel ist es, ein menschenwürdiges Leben

für alle zu ermöglichen und dabei die natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu wahren. Zur konkreten Umsetzung wurden 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) ausgearbeitet. Diese Ziele sind dezidiert als universelle Ziele definiert, die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer in die Pflicht nehmen. In dieser neuen Strategie wurden die Zielvorgaben in Bezug auf die Verringerung der weltweiten Armut ausgeweitet. Angestrebt wird die vollständige Überwindung extremer Armut. Dabei wird auch die jeweilige nationale Definition von Armut in den Blick genommen, die ebenfalls realitätsnäher ist als die Messung der Weltbank und dementsprechend höhere Armutszahlen aufweist. Die Zielvorgaben der Agenda sind dann nicht mehr auf die Länder des globalen Südens beschränkt, sondern der Anteil der Männer, Frauen und Kinder, die nach der jeweiligen nationalen Definition in Armut leben, soll in jedem Land halbiert werden.

Armut und wachsende Ungleichheit sind mehr als soziale Probleme, sie bilden den Nährboden für globale Risiken und ökologische Gefährdungen und sind vorrangig in ihren Ursachen zu bekämpfen. Weder internationale Hilfsprogramme noch Spendensammlungen werden dieser Aufgabe gerecht.

Jenseits von Entwicklungshilfe und Almosen

– so der Titel des Workshops bei den „Kärntner Gesprächen zur demokratiepolitischen Bildung“. Der Titel weist darauf hin, dass die globalen sozialen Fragen im 21. Jahrhundert weit jenseits der Gestaltungsmöglichkeiten von internationaler Entwicklungszusammenarbeit liegen. Die Verringerung von Armut, Hunger und Mangelernährung oder der Ausbau von Gesundheitsversorgung und Bildungschancen haben weiterhin oberste Priorität für die internationale (staatliche und private) Entwicklungszusammenarbeit. Allerdings hatte die globale Wirtschafts- und Finanzkrise letztlich auch Auswirkungen auf die Finanzierung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. So haben etwa die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten immer wieder versichert, dass sie die Quote der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA – Official Development Assistance) auf 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts erhöhen werden. „Trotz eines realen Anstiegs der von der EU geleisteten ODA von fast 40 Prozent seit 2002 ist dieses Ziel aufgrund der Wirtschaftskrise und großer Haushaltszwänge in den meisten EU-Mitgliedstaaten bisher nicht erreicht“. (Europäische Kommission 2015, o. S.) Trotzdem waren die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auch 2015 der weltweit größte Geber von Entwicklungshilfe. Mit insgesamt 68 Milliarden Euro

stellten sie mehr als die Hälfte der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe. Das Gesamtvolumen der Entwicklungshilfe der EU ist im Jahr 2015 auf 0,47 Prozent des Bruttonationaleinkommens gestiegen (vgl. ebd.).

Insgesamt ist die Entwicklungsfinanzierung in den letzten Jahren vielfältiger geworden. Neben Mitteln aus internationaler staatlicher Entwicklungszusammenarbeit gewinnen eigene Steuereinnahmen, nationale und internationale Finanzmärkte, ausländische Direktinvestitionen und Überweisungen von MigrantInnen an Bedeutung (vgl. DIE o.J.). Laut Berichten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds haben *Remittances*, die Geldsendungen, die MigrantInnen in ihre Herkunftsländer überweisen, in den letzten zwei Jahrzehnten beträchtlich zugenommen. Im Jahr 2007 flossen circa 251 Milliarden US-Dollar an *Remittances* in Entwicklungs- und Schwellenländer. 2007 waren diese Überweisungen etwa doppelt so hoch wie die Ausgaben für die offizielle Entwicklungshilfe (vgl. GTZ 2009, S. 6). 2014 betragen diese Zahlungen circa 435 Milliarden US-Dollar. Damit sind *Remittances* in der Summe mehr als dreimal höher als die gesamten Ausgaben öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit und betragen mehr als die Hälfte der gesamten Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern (vgl. KFW 2014, S. 1).

Diese Gelder stellen ein wichtiges Mittel zur Reduzierung von Armut dar und erhöhen die soziale Sicherung in den Herkunftsländern der MigrantInnen. Diese Entwicklung zeigt aber auch, wie eng die ökonomische Lage von MigrantInnen in den Zielländern mit der sozioökonomischen Entwicklung in den Herkunftsländern zusammenhängt. Gerade soziale Themen wie die Bekämpfung von Armut und akutem Hunger ziehen auch eine spezielle Form des karitativen Engagements an, die Finanzierung von Hilfsmaßnahmen durch Charity-Aktionen. Prominente MusikerInnen oder SchauspielerInnen können die öffentliche Aufmerksamkeit auch auf sonst weniger wahrgenommene Themen lenken. Der Kampf gegen Armut oder Hunger und andere soziale Probleme landen auf dem roten Teppich und bei Galadiners. Das Plus an Aufmerksamkeit geht aber meist auf Kosten einer seriösen Auseinandersetzung mit Ursachen, Folgen und Lösungsmöglichkeiten sozialer Probleme. Darüber hinaus werden Bilder und unterschwellige Botschaften über Opfer, Hilfsbedürftigkeit und Unterentwicklung reproduziert. Almosen ersetzen politische Auseinandersetzung und Maßnahmen.

Dahinter liegen aber noch viel tiefere Problematiken: In den letzten Jahren lässt sich auch ein zunehmendes Engagement von privaten

Stiftungen etwa in entwicklungspolitisch relevanten Bereichen feststellen. Was in den Medien gerne als uneigennütziges Engagement von Philanthropen gefeiert wird, hat problematische Aspekte und gerät zunehmend in Kritik. Der Entwicklungsexperte Jens Martens hat das Engagement privater Unternehmen und Stiftungen im Rahmen internationaler Organisationen bereits 2004 sehr kritisch analysiert. Er beleuchtet den Trend innerhalb der UNO hin zu globalen Partnerschaften, die in der Folge, nicht nur zivilgesellschaftliche sondern auch private Akteure (Stiftungen, transnationale Unternehmen) in politische Entscheidungen einbezieht. Damit können z.B. transnationale Unternehmen und Interessenvertreter auf die Themensetzung und die konkreten politischen Entscheidungen Einfluss nehmen (vgl. Martens 2014, S. 153). Besonders umstritten ist in diesem Zusammenhang etwa das Engagement der Stiftung von Melinda und Bill Gates in der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Etwa 80 Prozent des Budgets der WHO kommen aus freiwilligen Zahlungen und Spenden; diese Mittel sind zweckgebunden und müssen entsprechend den Vorgaben der jeweiligen Geber eingesetzt werden. Damit nehmen die privaten Akteure direkt Einfluss auf die Ausrichtung von Gesundheitsprogrammen und Strategien der WHO.

Es ist daher erforderlich, internationale Entwicklungszusammenarbeit, aber auch das Engagement privater Stiftungen und transnationaler Unternehmen als Teil von politischen Maßnahmen wahrzunehmen und zu analysieren und sie wieder stärker der politischen Gestaltung durch die internationale Staatengemeinschaft und die internationalen Organisationen zuzuführen und damit letztlich auch die demokratische Kontrolle zurückzugewinnen.

Resümee und Perspektiven

Globale soziale Fragen wie die Bekämpfung von Unterernährung, die Verringerung von Armut sowie soziale Sicherung haben wesentlich mit sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu tun. Die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen und zwischen armen und reichen Ländern wird zunehmend als eine der größten Gefahren für den sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften gesehen. Die britische Hilfsorganisation Oxfam legt jährlich ihre Analyse von Statistiken zur weltweiten Vermögensverteilung vor. Der letzte Bericht „zeigt, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung 50,8 Prozent des weltweiten Vermögens besitzt – und damit mehr als die restlichen 99 Prozent zusammen“ (Oxfam 2017, o. S.). Auch Studien der Weltbank oder der OECD zeigen eklatante Unterschiede (vgl. Nowak 2015, S. 20 ff.). Ökonomi-

sche Ungleichheit bedeutet weit mehr als die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen, sie umfasst auch eine generelle Chancengleichheit sowie soziale Exklusion.

Für die Bekämpfung dieser extremen sozialen Ungleichheit braucht es transnationale Strukturen und Rechtssysteme. Die Menschenrechtspakete, vor allem der Pakt zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten, stellen bereits ein wichtiges Instrumentarium dar. Mit der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung hat die UNO ebenfalls ein sehr ambitioniertes Vorhaben definiert, das eine tiefgehende Transformation globaler Entwicklungen in Richtung Nachhaltigkeit, Verringerung sozialer Ungleichheit und globaler Gerechtigkeit anstrebt. Die Reduzierung von Ungleichheit innerhalb von Staaten ebenso wie zwischen Staaten wurde als eigenständiges Ziel aufgenommen (SDG 10). Damit reagiert die UNO auf die im Titel dieses Beitrags angeführte Problematik, auf die auch Fischer-Lescano und Möller eindrücklich hinweisen:

„Die Soziale Frage ist längst eine globale soziale Frage. Die gesellschaftlichen Konfliktlinien verlaufen nicht mehr primär entlang nationalstaatlicher Grenzen. Weltwirtschaft, Weltpolitik, Weltrecht, Weltwissenschaft leisten alle ihren eigenen spezifischen Beitrag dazu, dass Exklusionslagen entstehen. Die Achsen der Benachteiligung können sich kreuzen und verstärken. Im Extremfall ist nicht einmal das nackte Überleben gesichert“. (Fischer-Lescano/Möller 2012, S. 45.)

Literaturverzeichnis

Bader, Pauline; Becker, Florian; Demirović, Alex; Dück, Julia (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović, Alex; Dück, Julia; Becker, Florian; Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): VielfachKrise.

Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. VSA, Hamburg, S. 11 bis 28.

Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Webdossier für die Heinrich Böll Stiftung, Berlin. (online im Internet unter: http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/multiple_krisen_u_brand_1.pdf), 3/2011

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2014): Perspektiven der Urbanisierung – Städte nachhaltig gestalten. BMZ- Informationsbroschüre 3/2014.

Collier, Paul (2016): Geflüchtete gibt es nicht erst seit gestern, globale Migration ist das Thema unserer Zeit. In: Kulturaustausch. Zeitschrift für internationale Perspektiven II/2016 (online im Internet unter:

http://www.kulturaustausch.de/index.php?id=5&tx_amkulturaustausch_pi1%5Bview%5D=ARTICLE&tx_amkulturaustausch_pi1%5Baid%5D=2389&cHash=efab324928d542c3a2e626ed52eaace2 [8. März 2017].)

Demirović, Alex; Dück, Julia; Becker, Florian; Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. VSA, Hamburg.

DIE (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) (o.J.): *Finanzierung für Entwicklung und globale öffentliche Güter* (online im Internet unter: <https://www.die-gdi.de/forschung/weltwirtschaft-und-entwicklungsfinanzierung/finanzierung-fuer-entwicklung-und-globale-oeffentliche-gueter/> [2. März 2017].)

Elliesen, Tillman (2010): *Der Armut auf der Spur*. In: *Weltsichten* Heft 10/2010, (online unter: <http://www.welt-sichten.org/artikel/3148/der-armut-auf-der-spur> [25. Juni 2017].)

Europäische Kommission (2015): *Entwicklungshilfe: EU bleibt größter Geber weltweit, steigert Beitrag um 15 Prozent* (online im Internet unter: https://ec.europa.eu/germany/news/entwicklungshilfe-eu-bleibt-gr%C3%B6%C3%9Fter-geber-weltweit-steigert-beitrag-um-15-prozent_de [2.3.2017].)

FAO (Food and Agricultural Organization) (2015): *The State of Food Insecurity in the World*. Rom (online im Internet unter: <http://www.fao.org/3/a-i4646e.pdf> [2. März 2017].)

Fischer-Lescano, Andreas; Möller, Kolja (2012): *Die globale soziale Frage*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/2012, S. 45 bis 54.

GTZ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (Hrsg.) (2009): *Remittances und soziale Sicherheit Diskussionspapier*, (online im Internet unter: http://www.lai.fuberlin.de/disziplinen/oekonomie/forschung/Ambrosius_Zeeb_2009.pdf [2. März 2017].)

KFW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) (2014): *„Remittances“: Aktuelle Trends und ihre Bedeutung für die Entwicklungsfinanzierung*. *Entwicklungspolitik Kompakt* Nr. 34, 3. Dezember 2014.

Martens, Jens (2014): *Globale Partnerschaften und Politiknetzwerke*. In: *Vereinte Nationen* 4/2004, S. 150 bis 155.

Martens, Jens; Obenland, Wolfgang (2016): *Die 2030-Agenda. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung*. Report des Global Policy Forum, Bonn/Osnabrück (online im Internet unter: https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_online.pdf [2. März 2017].)

Nowak, Manfred (2015): *Menschenrechte. Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit*. Edition Konturen, Wien/Hamburg.

Oxfam (2017): *An Economy for the 99 Percent* (online im Internet unter: <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/economy-the-99-percent> [8. März 2017].)

Vereinte Nationen (2015): Millenniums-Entwicklungsziele – Bericht 2015
(online im Internet unter: <http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG%20Report%202015%20German.pdf> [4. März 2017].)

Welthungerhilfe (o. J.): Hunger-Verbreitung, Ursachen und Folgen (online im Internet unter: <http://www.welthungerhilfe.de/hunger.html> [26. Juni 2017].)

Ziegler, Jean (2011): Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt. C. Bertelsmann, München.

Monika Kemperle/Martin Gressl

Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in der digitalen Revolution

Die nachfolgende Zusammenfassung gibt einen inhaltlichen Einblick in den Workshopvortrag von Monika Kemperle und gleichzeitig einige ergänzende Erläuterungen zu aktuellen Befunden rund um das Thema Digitalisierung. Die Textauszüge stützen sich auf Vorlagen der AutorInnen und persönliche Mitschriften im Rahmen des Workshops.

Wir leben inmitten der digitalen Revolution – immer ausgefeiltere Technologien übernehmen menschliche Arbeit. Vermutlich wird in den nächsten Jahren rund die Hälfte der heutigen Arbeitsplätze verschwinden. Was bedeutet diese Entwicklung für Einkommen, Bildung, sozialen Schutz und soziale Rechte sowie für die Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft: Massenarbeitslosigkeit oder ein Grundeinkommen für alle? Wie werden die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft mit den daraus resultierenden neuen Herausforderungen umgehen?

Digitalisierung, die vierte „industrielle Revolution“, Industrie 4.0 – alle diese Begriffe beschreiben die Transformation der Wirtschaft durch eine Technologie, die Maschinen und Unternehmen miteinander verknüpft. Unternehmen können somit den Produktionsprozess jedes beliebigen Produktes jederzeit und an jedem Ort der Welt in sogenannten „intelligenten Fabriken“ überwachen. Automatisierungsprozesse ermöglichen den Austausch von Produktionsdaten zwischen Fertigungseinheiten eines Werkes, aber auch zwischen anderen Werken, Lagerhallen oder Dienstleistern entlang der Wertschöpfungskette. Beim sogenannten „Internet der Dinge“ kommunizieren Maschinen untereinander komplexe Aufgaben und Anweisungen.

Im Rahmen eines Sozialpartnertreffens, bezeichnet als Bad Ischler Dialog im Jahr 2015 wurde nachfolgende Definition zur Digitalisierung formuliert:

„Streng genommen wird unter dem Begriff ‚Digitalisierung‘ die Umwandlung analoger Daten in digitale Daten verstanden (enge Definition). In einer erweiterten Definition bezeichnet der Begriff die durch das Internet geschaffene Möglichkeit der Allzeitverfügbarkeit und Zugänglichkeit von Daten (= Wegfallen zeitlicher und örtlicher Beschränkungen bei Abrufung, Weiterverarbeitung und Speicherung von Daten). In der Folge der Weiterentwicklung des Internets und der digitalen Komponenten kam es zu Trends wie Big Data, Cloud Computing, Social Media, dem zunehmenden Einsatz mobiler Endgeräte oder auch der Entwicklung und Anwendung selbststeuernder/intelligenter (= smart) Prozesse“. (Die Sozialpartner 2015, S. 4.)

Schon immer mussten sich die ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften mit einem technologischen Wandel auseinandersetzen, der die bestehenden Beschäftigungsformen infrage stellte. Die vierte industrielle Revolution ist allerdings etwas anderes. Früher konnten technologische Innovationen allenfalls die Produktion bestimmter Branchen oder Sektoren verändern – heute verwandeln moderne Innovationen ganze Volkswirtschaften und beschleunigen den Strukturwandel ungemein.

Was diesen Prozess so grundlegend von früheren technologischen Veränderungen unterscheidet, ist die Geschwindigkeit von Industrie 4.0 – und die Bedrohung durch Arbeitsplatzabbau und den letztendlichen Austausch von ArbeitnehmerInnen durch künstliche Intelligenz ist offensichtlich: Der iPhone-Hersteller Foxconn will in den nächsten fünf Jahren 30 Prozent der in der Fertigung beschäftigten ArbeitnehmerInnen durch Roboter ersetzen.

Industrie 4.0 ist eine Herausforderung, die weltweit und national bewältigt werden muss. Große multinationale Konzerne werden ihre Produktionsprozesse digitalisieren, wenn die Kosten der Automatisierung und der intelligenten Fertigung unter die Arbeitskosten sinken. Die Fertigung von hoch spezialisierten Hightech-Produkten wird auf Kosten der Massenproduktion möglich, selbst wenn sie in den Industrienationen hergestellt werden, was es den Entwicklungsländern schwer macht zu konkurrieren.

ArbeitnehmerInnen könnten am Ende einem enormen Lohndruck ausgesetzt werden, bevor ihre Arbeitsplätze schließlich von Robo-

tern ersetzt werden. In den Entwicklungsländern arbeiten oft Frauen in den Berufen, die am leichtesten von Robotern ersetzt werden können. Diejenigen, die schon in einer prekären Lage sind, werden am härtesten getroffen. Aber auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wird es schwierig, mit großen multinationalen Konzerne zu konkurrieren, die ihren Fertigungsprozess digitalisieren können.

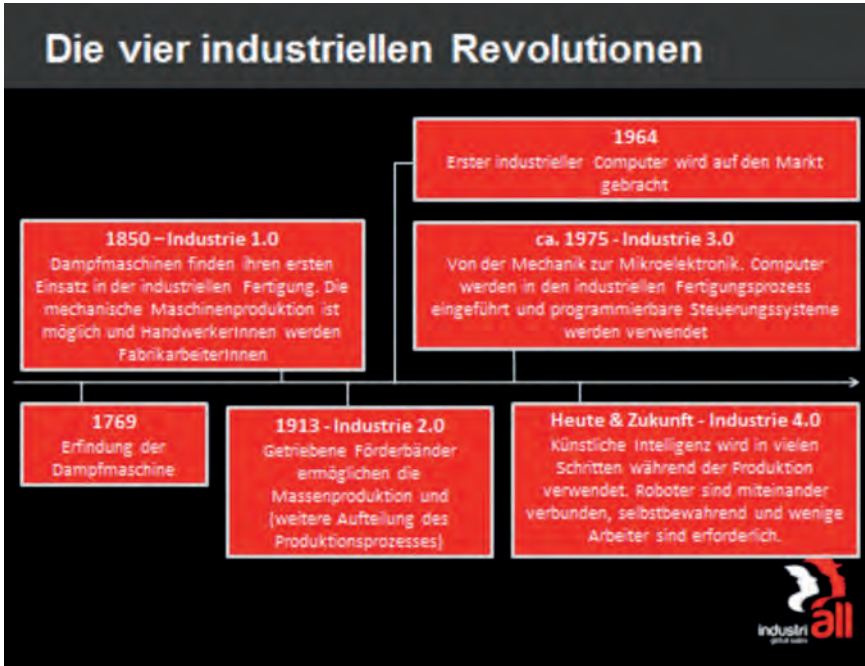
Herausforderungen für die Gewerkschaften

Gewerkschaften werden vor neue Herausforderungen gestellt. Dieser Strukturwandel kann nicht geschehen, ohne die sozialen Konsequenzen für die ArbeitnehmerInnen, ihre Familien und ganze Gemeinden zu berücksichtigen. Die Auslagerung von Arbeitsplätzen wird zu mehr Zeit-, Crowd- und Projektarbeit, aber auch zu mehr Selbstständigkeit und zu neuen Formen der prekären Beschäftigung führen.

Tobias Hinterseer erläuterte die Bedenken, die sich für die Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen ergeben könnten, wie folgt: *„Die Aufgabe der Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen ist es, genau hinzuschauen: Wo entwickelt sich Arbeit von den Menschen weg, wo wird Arbeit nur mehr zum Finanzkalkül einer wettbewerbs- und gewinnorientierten Wirtschaft? Gerade bei jener Entwicklung, die unter dem Schlagwort ‚Industrie 4.0‘ zusammengefasst wird, gilt es aus Sicht der ArbeitnehmerInnenvertretung besonders Acht zu geben: Technologische Weiterentwicklungen können zum sozialen Fortschritt beitragen, solange sie nicht nur rein nach der Logik des Marktes und der Kapitalvermehrung eingesetzt werden“.* (Hinterseer 2015, S. 1.)

Im Rahmen des Workshopvortrages wurde festgehalten: Es werden zunehmend höher qualifizierte Beschäftigte benötigt, um die komplexen digitalisierten Aufgaben zu übernehmen. Die Menschen müssen passend für ihre digitalisierten Arbeitsplätze ausgebildet werden. Es gehe nicht darum, den Strukturwandel, der durchaus seine positiven Aspekte und Vorteile hat, zu verhindern, sondern zu definieren, welchen (sozialen) Stellenwert der Mensch in diesem System, in dieser Arbeitsgesellschaft, zukünftig haben wird.

Im Workshop wurden anhand einer Übersichtsfolie die bisherigen vier „industriellen Revolutionen“ erläutert.



Bei den ersten drei Revolutionen hatte die Gesellschaft noch Zeit, sich an die industriellen Veränderungsprozesse zu gewöhnen und langsam in die Veränderungen hineinzuwachsen.

Ein wesentliches Kennzeichen der vierten „industriellen Revolution“ ist die Digitalisierung und ein damit einhergehender Prozess der Schnelligkeit, der dazu führt, dass für viele Menschen in der Gesellschaft diese Prozesse nicht nachvollziehbar sind, was zu sozialer Unzufriedenheit führt. Fragen zur Umverteilungsgerechtigkeit werden in diesem Kontext relevant.

Folgende Wirtschaftssektoren seien derzeit am meisten von der Digitalisierung betroffen: die Luft- und Raumfahrt, Automobilindustrie, Energie, IKT, Elektrotechnik und Elektronik, Gummierzeugung, Bergbau, Textilindustrie und Metallerzeugung.

Michael Mesch verweist im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die unterschiedlichen ArbeitnehmerInnengruppen in seinem Fazit zum Wandel der Berufsstrukturen auf folgende Erkenntnisse:

„Die Strukturverschiebungen im letzten Jahrzehnt (2001–2009/10) entsprachen im Großen und Ganzen den gemäß der Routinisierungs-

hypothese zu erwartenden: starke Anteilszuwächse im Bereich der akademischen Berufe sowie der technischen und nichttechnischen Fachkräfte, in deren Tätigkeitsprofilen analytische Nichtroutine-tätigkeiten überwiegen; moderate Anteilszunahme für jene mittel qualifizierten Angestelltenberufe, die überwiegend interaktive und manuelle Nichtroutine-tätigkeiten ausüben, d. h. für personenbezogene Dienstleistungsberufe und Verkaufsberufe; leichter Anteilsverlust für Büroangestellte, also mittel qualifizierte Angestelltenberufe, die in hohem Maße kognitive Routine-tätigkeiten ausführen; hohe Anteilseinbußen für mittel qualifizierte Fertigungsberufe und für Hilfs-arbeitskräfte, wo jeweils manuelle Routine-tätigkeiten dominieren“. (Mesch 2016, S. 4 f.)

In diesem Sinne ist festzuhalten, dass multinationale Konzerne bereits heute massiv an einer Verringerung der Arbeitskräfte arbeiten, da die Kosten für die „intelligente Fertigung“ geringer sind als die Kosten der ArbeitnehmerInnen. Dies bedeutet einen erhöhten Druck auf die Löhne, bevor schließlich die Verringerung der Belegschaft und der Ersatz durch künstliche Intelligenz erfolgt.

Für den Hightech-Sektor gilt: Die Produktion von Spezialprodukten wird zum Preis von Massenproduktionen auch in den Entwicklungsländern möglich sein. Damit einhergehend ist eine verstärkte Konkurrenz auf den globalen Warenmärkten und damit ein generelles Lohndumping zu erwarten.

Hinterseer verweist in diesem Zusammenhang auf die hier angeführten und noch weiteren Aspekte der Digitalisierung: *„Es geht aber nicht nur um die Gefahr von steigender Arbeitslosigkeit, sondern auch um Entfremdung, Überarbeitung, Intensivierung der Arbeit, unscharfe Trennung von beruflichen und privaten Lebenswelten sowie Überwachung und Datenschutz. Da bringen die neuen technologischen Möglichkeiten sicher eine Verdichtung der Probleme. Neu sind sie deswegen auch nicht. Die bekannten Forderungen nach einer guten Arbeit werden nur noch drängender“.* (Hinterseer 2016, S. 1.)

Gesellschaftliche Herausforderungen der Digitalisierung

Das Wirtschaftswachstum der westlichen Welt im Licht einer digitalen Wirtschaft könnte die bereits bestehenden systematischen Ungleichheiten noch stärker verschärfen, wie z.B. in den Entwicklungs- und Schwellenländern, bei Frauen und bei prekären Arbeitsverhältnissen. Einige wesentliche Punkte aus dem Workshop-

vortrag seien in diesem Zusammenhang nochmals kurz zusammengefasst:

Industrie 4.0 – Auswirkungen für die ArbeitnehmerInnen: Dieses Kapitel ist für die Gewerkschaften sehr zentral, weil es jetzt schon an der Zeit ist, sich mit dem Thema intensiv auseinander zu setzen. Soziale Herausforderungen, die zu beachten sind: Verlust von Arbeitsplätzen, Notwendigkeit von höheren Qualifikationen, Druck auf Löhne, Work-Life-Balance, Arbeitsagenturen, „crowd work“ und andere prekäre Arbeitsverhältnisse und Organisationsprobleme hinsichtlich solidarischer Aktivitäten.

Als wirtschaftliche Herausforderungen wären zu nennen: Entwicklungsaspekte in Richtung kleinere und mittlere Unternehmungen (KMU), die in einem Konkurrenzkampf mit multinationalen Konzernen stehen, oder das Thema Datenschutz, also – wie stellen wir sicher, dass unsere Informationen sicher sind?

Es gibt aber auch Vorteile für ArbeitnehmerInnen im Kontext von Industrie 4.0: So ist erwähnenswert, dass viele Aufgaben von zuhause aus erledigt werden können, es kommt zu einer erhöhten Flexibilität, vor allem für Familien, und die meisten gefährlichen Aufgaben könnten von Robotern erledigt werden. Außerdem sollte es zu signifikanten Verbesserungen bei Gesundheit und Sicherheit kommen.

Im Zusammenhang mit dem weltweiten Datenvolumen zeigen Daniela Zimmer und Mathias Grandosek interessante Aspekte auf und verweisen auf folgende Studienergebnisse:

„Eine Studie von IDC prognostizierte ein Anwachsen der weltweiten Datenmenge zwischen 2013 und 2020 um das Zehnfache von 4,4 auf 44 Zettabyte. Das sind 44 Milliarden Gigabyte – eine unvorstellbare Menge. Und die Geschwindigkeit, mit der die Datenflut wächst, erhöht sich stetig. Zum einen, weil wir im Internet mehr oder weniger freiwillig selbst dazu beitragen, immer mehr Daten über uns zu generieren, zum anderen, weil viele Daten, die bisher nur analog verfügbar waren, über den Weg der Digitalisierung der Welt zugänglich gemacht werden. Hinzu kommen immer mehr technische Geräte, die, vollgestopft mit Sensoren und angeschlossen an das Netz, eine unglaubliche Flut an Daten produzieren. Kostengünstige Speichertechnologien tragen dann dazu bei, dass diese Daten nicht aufgrund von knappem Speicherplatz aussortiert und weggeschmissen, sondern gespeichert, analysiert, kombiniert und (ökonomisch) verwertet

werden. Dies eröffnet natürlich für diverse Bereiche unseres Lebens völlig neue Möglichkeiten. Plötzlich sind Unmengen an Daten vorhanden, die etwa für den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn zur Verfügung stehen und nicht erst mühsam erhoben werden müssen. Auch im öffentlichen Bereich ist die Datenflut hilfreich. Zum Beispiel, wenn es um die Analyse und Optimierung von Verkehrsströmen geht oder wenn für öffentliche Verkehrsmittel Echtzeitdaten zur Verfügung stehen, die man auch seinen Fahrgästen online zugänglich macht“. (Zimmer/Grandosek 2016, S. 24.)

Zukünftiger gesellschaftlicher Gestaltungsrahmen

Wolfgang Katzian, Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp), formuliert in einer Stellungnahme zu den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung seine Positionen wie folgt:

„Wir wollen die zunehmende Digitalisierung nicht verhindern, möchten sie aber als Chance für gute Arbeit nutzen“ (...) „... die zentralen Forderungen der Gewerkschaften: die gemeinsam zu erstellende Digitalisierungs-Agenda, die Implementierung betrieblicher Datenschutzbeauftragter (DSB), um die Privatsphäre der ArbeitnehmerInnen zu schützen, sowie angepasste neue Definitionen der Arbeitnehmer- und Betriebsbegriffe, um betriebliche Mitbestimmung, Arbeits- und Arbeitskampfrecht für alle im Arbeitsmarkt vertretenen Gruppen bindend zu machen“. (Katzian 2015, o.S.)

Gewerkschaften fordern deshalb, dass gemeinsam mit den Sozialpartnern auf nationaler und europäischer Ebene eine Agenda für digitale Arbeit entwickelt wird, die eben das Gewicht auf soziale Verteilungsfragen legt, so Katzian weiter; die Notwendigkeit dieser gemeinsamen Vorgangsweise liege auf der Hand. Eine aktuelle Studie beweise, dass die digitalen Technologien zu steigender Einkommensungleichheit in Europa führen: *„Es gibt immer weniger Beschäftigung im mittleren Einkommens- und Qualifikationssegment, neue Jobs entstehen entweder am oberen oder am unteren Ende der Lohn- und Kompetenzskala, prekäre Arbeitsformen breiten sich weiter aus, die Arbeitsmärkte werden zunehmend polarisiert. Lösungsansätze dazu fehlen in den Kommissions-Vorschlägen völlig“.* (ebd., o.S.)

Vor allem auch Fragen des ArbeitnehmerInnen-Datenschutzes würden im Zusammenhang mit der Digitalisierung nach Ansicht von

Katzian immer drängender. Die Bemühungen der EU für ein europaweites Datenschutzrecht seien zwar zu begrüßen. *„Aber für den Schutz der ArbeitnehmerInnendaten sind vor allem Mitbestimmungsrechte entscheidend. Das können Zustimmungs- bzw. Vetorechte der einzelnen Beschäftigten gegenüber Datenverarbeitungen, aber vor allem auch Zustimmungs- bzw. Vetorechte von BetriebsrätInnen sein. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen zur Datenschutzgrundverordnung wären diese Mitbestimmungsrechte in ihrer Substanz in ganz Europa extrem gefährdet“.* (ebd., o.S.)

Im Workshop wurde noch über folgende Themen ausführlich diskutiert: Was ist mit psychischer Gesundheit? Mit dem ArbeitnehmerInnenschutz? Definition von Arbeitsplatz? Auswirkungen auf unser Sozialversicherungssystem? Definieren wir uns weniger durch unsere Arbeit, sondern durch das, was wir tun? Wertigkeiten der Lohnarbeit, oder brauchen wir ein garantiertes Grundeinkommen für alle?

Abschließend sei festgehalten, dass sich die Autorin und der Autor dieses Beitrages der vielfältigen Herausforderungen und Potenziale, die die Aspekte rund um Digitalisierung und Industrie 4.0 bieten, bewusst sind. Insgesamt ist es von höchster Bedeutung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die europäische und österreichische Wirtschaft in einer digital vernetzten Weltwirtschaft im Wettbewerb bewähren und alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen an den Wertschöpfungsergebnissen teilhaben können.

Um als Volkswirtschaft wettbewerbsfähig bleiben zu können, muss sichergestellt werden, dass ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und Privatpersonen über jene Qualifikationen verfügen, die ein positives Agieren in der Arbeitswelt und der Gesellschaft ermöglichen. Daher ist es wichtig, dass das Bildungssystem verstärkt auf die Vermittlung jener Kompetenzen Wert legt, die zu selbstständiger und selbstbestimmter Weiterentwicklung befähigen.

Hinterseers zusammenfassende Bemerkungen sollten in diesem Kontext auch als Leitgedanke für die weiteren Überlegungen gelten: *„Gerade in Zeiten des Umbruchs muss daher die Aufnahme von Verteilungskämpfen im Vordergrund stehen: Es geht um angemessene Löhne, eine faire Verteilung der Arbeitszeit sowie um die Anpassung der arbeits- und sozialrechtlichen Errungenschaften an neue Rahmenbedingungen“.* (Hinterseer 2015, S. 2.)

Dass die Digitalisierung sozial zu gestalten sei unterstreichen auch Claudia Fritsch und Lucia Bauer in dem sie festhalten: *„Die Digi-*

alisierung betrifft alle Lebensbereiche. Auch die Arbeitswelt. Sie verändert Arbeitsprozesse und Geschäftsmodelle genauso wie Unternehmensstrukturen. Der digitale Wandel ist jedoch keine Naturgewalt, sondern kann und muss gestaltet werden“. (Fritsch/Bauer 2016, S. 4.)

Literaturverzeichnis

Die Sozialpartner (2015): Bad Ischler Dialog 2015 – Digitale Wirtschaft und Arbeitswelt. (online im Internet unter: <http://www.sozialpartner.at/wp-content/uploads/2015/10/Bad-Ischl-Papier-2015-Digitale-Wirtschaft-und-Arbeitswelt.pdf> [Zugriff am 7. März 2017].)

Fritsch, Clara; Bauer, Lucia (2016): Digitalisierung sozial gestalten. In: ÖGB, GPA-djp (Hrsg.): Kompetenz, Sonderausgabe Globalisierung, Juni 2016, Wien, Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Seite 4 bis 5.

Hinterseer, Tobias (2015): Industrie 4.0 – Revolution oder Evolution? In: Bundesarbeitskammer; Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Blog Arbeit & Wirtschaft. (online im Internet unter: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/industrie-4-0-revolution-oder-evolution/> [Zugriff am 8. März 2017].)

Katzian, Wolfgang (2015): Digitalisierung europaweit als Chance. (online im Internet unter: http://www.oegb.at/cms/S06/S06_0.a/1342559074686/home/katzian-digitalisierung-europaweit-als-chance [Zugriff am 8. März 2017].)

Mesch, Michael (2016): Digitalisierung und mittelfristiger Berufsstrukturwandel. In: Bundesarbeitskammer; Österreichischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Blog Arbeit & Wirtschaft. (online im Internet unter: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/digitalisierung-und-berufsstrukturwandel/> [Zugriff am 8. März 2017].)

Zimmer, Daniela; Grandosek, Mathias (2016): Big Data. In: Falter Nr. 27a/16, Ökonomie – Eine kritische Handreichung, Seite 24 bis 26.

Kurzbiografien der AutorInnen bzw. ReferentInnen



Lisa Eckhart, gebürtige Steirerin, lebt in Berlin und Wien, kam nach ihrem Germanistik-Studium in Paris über die deutsche Poetry-Slam-Szene zur Kabarettszene Österreichs.

2015 erlangte sie den 1. Platz bei der Österreichischen Meisterschaft im Poetry-Slam. Im Herbst 2015 war sie Teil der „Langen Nacht des Kabarett“ und gab ihr Kabarett-Debüt mit „Als ob Sie etwas Besseres zu tun hätten“. Souveräne Bühnenpräsenz und präziser Sprachwitz, schlitzohrige Boshaftigkeit, böse Reime und pointierte Provokation sind die Mittel und Markenzeichen von Lisa Eckhart.



Mag. Marina Einböck, geb. 1982 in Ried im Innkreis, Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Sozialpolitik und Sozioökonomie an

der WU Wien. Wissenschaftliche Projektarbeit an der WU Wien am Institut für Sozialpolitik. Bereichsleiterin Sozialpolitik bei der Volkshilfe Österreich u.a. zu den Schwerpunktthemen Armut und soziale Ausgrenzung sowie Kinderarmut. Seit Jänner 2017 Geschäftsführerin beim Verein Aktion Tagesmütter OÖ.



Martin Gressl, Historiker. Bildungssekretär und EDV-Beauftragter des ÖGB Kärnten; ab 2004 Jugendsekretär des ÖGB Kärnten; Beratung und Unterstützung für Lehr-

linge, SchülerInnen sowie Präsenz- und Zivildienster; ab 2010 Landesbildungssekretär des ÖGB Kärnten; Vertretung des ÖGB Kärnten in diversen Fachgremien.

Dr. Heidi Grobbauer ist seit 2004 Geschäftsführerin von KommEnt – Gesellschaft für Kommunikation, Entwicklung und dialogische Bildung, Salzburg, und



Vorsitzende der Strategiegruppe Globales Lernen. Arbeitsschwerpunkte u.a.: Projektleitung des Universitätslehrgangs „Global Citizenship Education“; Konzeption und Durchführung von Fortbildungsprogrammen für LehrerInnen und MultiplikatorInnen in der Bildungsarbeit; Konzeption von Bildungsmaterialien zu Globalem Lernen.



Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elke Gruber studierte Medizin-Pädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin, dort war sie auch Forschungsassistentin.

Von 2002 bis 2014 war Gruber Inhaberin des Lehrstuhls für Erwachsenen- und Berufsbildung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Am 1. November 2014 übernahm sie den Lehrstuhl für Erwachsenen- und Weiterbildung an der Karl-Franzens-Universität Graz. Gruber führt laufend Gutachter- und Sachverständigentätigkeiten für die EU, die Nationalbank, die Leibniz-Gemeinschaft u.a. nationale und internationale Organisationen durch. Sie ist u.a. auch Mitglied des Aufsichtsrates der Fachhochschule Joanneum, Graz, und Vorsitzende des Hochschulrates der Pädagogischen Hochschule Kärnten.



Dr. Peter Kaiser studierte Soziologie und Pädagogik, promovierte 1993 zum Doktor der Philosophie. Seine politische Laufbahn begann bei der Sozialistischen Jugend und dem

Österreichischen Jugendherbergsverband. Er war Kärntner Landtagsabgeordneter und ist seit 2008 Mitglied der Kärntner Landesregierung. Im März 2013 wurde er zum Kärntner Landeshauptmann gewählt. Dieses Amt übt er neben weiteren Positionen in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs aus. Er erhielt 2016 das Große Silberne Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik.



Monika Kemperle, geboren 1958 in Bleiberg-Nötsch, seit 2012 ist sie die stellvertretende Generalsekretärin von IndustriAll Global Union in Genf. 2004 wurde sie

in den Vorstand der internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung gewählt. Seit 2005 ist sie zudem Präsidiumsmitglied des Europäischen Gewerkschaftsverbandes Textil, Bekleidung und Leder.



Mag. phil. Florian Kerschbaumer, Mitarbeiter an der Fakultät für Bildung, Kunst und Architektur der Donau-Universität Krems; Lehrbeauftragter an der Alpen-

Adria-Universität Klagenfurt und der Pädagogischen Hochschule Kärnten; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Geschichte sozialer Bewegungen, Politische Bildung und soziale Netzwerkforschung.



Mag. (FH) Mag. Dr. Martin Klemenjak, geb. 1977 in Klagenfurt; Inhaber der Professur für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Erwachsenenalter und Erwerbsleben an der Fachhochschule Kärnten; Lektor an der Fachhochschule Salzburg und der Fachhochschule Burgenland; Arbeits-

und Forschungsschwerpunkte: Berufs- und Erwachsenenbildung, Politische Bildung sowie Sozialpolitik und -management.



Dr. h.c. Franz Küberl, leitete bis 1982 das Bundessekretariat der katholischen Jugend Österreichs in Wien und war Vorsitzender des österreichischen Bundes-

jugendrings. Präsident der Caritas Österreich war er von 1995 bis 2013 und bis

August 2016 Direktor der steirischen Teilorganisation. 2013 wurde ihm das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Franz Küberl ist u.a. Mitglied des Publikumsrats und Stiftungsrats des Österreichischen Rundfunks.



Mag. phil. Heinz Pichler, Bildungsexperte und Erwachsenenbildner in der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Kärnten; Vortragender an den Kärntner Gewerkschafts-

schulen, der FH Kärnten und der Universität Klagenfurt. Nebenberufliches Engagement u. a. im sozialökonomischen Beschäftigungsprojekt „Soziale Betriebe Kärnten“ sowie Gründungsmitglied und Vorstand beim „Kärntner Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.



Mag.ª Josefine Scherling, MA, Bildungswissenschaftlerin an der Pädagogischen Hochschule Kärnten, Viktor Frankl Hochschule; Lektorin am Zentrum für

Friedensforschung und Friedenspädagogik der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Politische Bildung, Menschenrechtsbildung, Global Citizenship Education.



MMag.ª Katharina Zimmerberger, geb. 1982 in Zell am See, Studium der Erziehungs- und Bildungswissenschaften mit Schwerpunkt Berufs- und Erwachsenenbildung sowie Sozial- und Integrationspädagogik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Trainerin und Sozialpädagogin bei den Kärntner Volkshochschulen. Seit 2012 Projektkoordination der Lehrgänge zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses bei der VHS Kärnten.

Diese Ausgabe der Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“ wurde in Kooperation mit dem Studiengang Soziale Arbeit der Fachhochschule Kärnten, der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, der Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule, dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung und den Kärntner Volkshochschulen erstellt.

ISBN-Nr.: 978-3-200-01985-0

Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten
9021 Klagenfurt am Wörthersee, Bahnhofplatz 3

Dr. Martin Klemenjak
Mag. Heinz Pichler

Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge
liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Gestaltung: GAPasterk
Druck: Satz & Druck Team
August 2017